

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| I. Vorwort des Präsidenten | 3 |
| II. Das Jahr 2015 in der Rückblende | 4 |
| Das politische Jahr | 4 |
| Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen | 4 |
| Aus der Grossratsfraktion | 5 |
| Zusammenfassungen Vernehmlassungen | 12 |
| Die SVP im Netz | 16 |
| III. Tätigkeitsberichte | 17 |
| Parteiorgane | 17 |
| Geschäftsleitung | 17 |
| Parteivorstand | 17 |
| Delegiertenversammlungen | 18 |
| Fachkommissionen | 19 |
| Finanzkommission (FiKo) | 19 |
| Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) | 20 |
| Bildungskommission (BIK) | 21 |
| Gesundheits- und Sozialkommission (GsoK) | 22 |
| Bau-, Energie-, Verkehr und Raumplanungskommission (BaK) | 23 |
| Sicherheitskommission (SiK) | 25 |
| SVP Frauen Kanton Bern | 26 |
| JSVP Kanton Bern | 27 |
| SVP Senioren Kanton Bern | 28 |
| Wahlkreise | 29 |
| Jura bernois | 29 |
| Biel-Seeland | 30 |
| Emmental | 31 |
| Obereaargau | 32 |
| Bern-Mittelland | 33 |
| Thun | 34 |
| Oberland | 35 |
| Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft | 37 |
| Obergericht | 37 |

| | |
|--|-----------|
| Verwaltungsgericht | 39 |
| Generalstaatsanwaltschaft | 40 |
| IV. Organisation / Personelles | 41 |
| Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane | 41 |
| Geschäftsleitung (GL) | 41 |
| Parteivorstand (PV) | 41 |
| Grossratsfraktion | 42 |
| Vertretung in der SVP Schweiz | 43 |
| Mitglieder des Zentralvorstandes | 43 |
| Mitglieder des leitenden Ausschusses | 43 |
| Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses | 43 |
| Regierungsmitglied | 43 |
| Parteisekretariat | 43 |
| Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“ | 43 |
| Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern | 44 |
| Unsere Verstorbenen | 45 |
| V. Schlusswort der Geschäftsführerin | 46 |
| VI. Die Partei in Zahlen | 47 |

I. Vorwort des Präsidenten

Im Jahr 2015 galt es erneut die Kraft der mitglieder- und wählerstärksten Partei des Kantons bei den National- und Ständeratswahlen unter Beweis zu stellen. Die Ausgangslage war nicht einfach, da der Kanton Bern durch die Volkszählung einen Nationalratssitz abgeben musste und bei den Ständeratswahlen zwei Bisherige wieder ins Rennen stiegen. Die Bernische SVP hat die Herausforderung angenommen und mit dem ausserordentlichen Wahlerfolg bei den Nationalratswahlen das hohe Ziel, einen neunten Sitz dazu zu gewinnen, erreicht. Mit einem Wähleranteil von 33.1% (+4.1%) wurde die Parteistärke von 2007 fast wieder erlangt. Damit ist die SVP mit Abstand die stärkste Partei im Kanton Bern und das Resultat der Grossratswahlen wurde mehr als bestätigt.

Besonders erwähnenswert ist das grandiose Resultat von Nationalrat Adrian Amstutz, der mit 163'442 fast 2 Sitze eroberte. Die Strategie der SVP Kanton Bern mit der Doppelkandidatur von NR Albert Rösti auf der NR- und SR-Liste ist aufgegangen. Leider hat es Albert für den Einzug in den Ständerat nicht ganz gereicht, er hat aber mit seiner Kandidatur den erhofften Schub für die Nationalratsliste ausgelöst und mit seinem grossen Einsatz unsere Wählerschaft überdurchschnittlich mobilisiert und selber sehr gute 150'667 Stimmen geholt. Wenn die Listenverbindung mit anderen bürgerlichen Parteien zustande gekommen wäre, hätte es sogar für ein 10. Nationalratsmandat gereicht.

Der Wahlerfolg ist ein Gemeinschaftswerk aller Kandidierenden, den Wahlkomitees und der ganzen SVP-Familie im Kanton Bern. Es war schön zu spüren, wie unsere Botschaften bis hinunter an den Strassenwahlkampf getragen wurden. Ein herzliches Dankeschön an alle Mitstreiter. Der gute Gesamteindruck, den die Bernische SVP zurzeit macht, zeigte sich auch in den Kommunalwahlen 2015. An dieser Stelle sei auch all jenen ein grosser Dank ausgesprochen, die sich in den verschiedenen regionalen und kommunalen Wahlkämpfen engagiert haben, sei es als Kandidierende oder als Helferinnen und Helfer.

2015 begannen auf Grund der Rücktrittserklärungen der Regierungsräte Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher auch schon die Vorbereitungen für Regierungsratsersatzwahlen 2016. Am 3. November 2015 nominierten 374 SVP-Delegierte einstimmig die Grossräte Lars Guggisberg und Pierre-Alain Schnegg und stimmten damit geschlossen einer Zweierkandidatur der SVP zu.

Die SVP hat eine sehr motivierte Basis, die bereit ist, für die gemeinsamen bürgerlichen SVP-Ziele im Interesse unseres Landes und unserer Gesellschaft zu kämpfen. Das macht mich zuversichtlich, dass wir auch erfolgreich aus den nächsten Wahlkämpfen hervorgehen können. Sie alle leisten dazu einen grossen und wichtigen Beitrag, und dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken!

Nationalrat Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

II. Das Jahr 2015 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

8. März 2015

Eidgenössisch

Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|---------|-----------|------|--------|
| Schweiz | 537'795 | 1'650'109 | 24.6 | 75.4 |
| Kanton Bern | 57'637 | 221'703 | 20.6 | 79.4 |

Stimmbeteiligung: 42.07% (CH), 38.8% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|---------|-----------|------|--------|
| Schweiz | 175'405 | 2'010'326 | 8.0 | 92.0 |
| Kanton Bern | 23'844 | 255'457 | 8.5 | 91.5 |

Stimmbeteiligung: 42.06% (CH), 38.8% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

14. Juni 2015

Eidgenössisch

Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|-----------|---------|------|--------|
| Schweiz | 1'377'613 | 846'865 | 61.9 | 38.1 |
| Kanton Bern | 159'951 | 120'392 | 57.1 | 42.9 |

Stimmbeteiligung: 43.51% (CH), 39.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Volksinitiative «Stipendieninitiative»

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|---------|-----------|------|--------|
| Schweiz | 610'284 | 1'611'911 | 27.5 | 72.5 |
| Kanton Bern | 74'977 | 205'929 | 26.7 | 73.3 |

Stimmbeteiligung: 43.45% (CH), 39.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|---------|-----------|------|--------|
| Schweiz | 657'851 | 1'613'982 | 29.0 | 71.0 |
| Kanton Bern | 101'808 | 183'820 | 35.6 | 64.4 |

Stimmbeteiligung: 43.71% (CH), 39.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

| | Ja | Nein | % Ja | % Nein |
|-------------|-----------|-----------|------|--------|
| Schweiz | 1'128'522 | 1'124'873 | 50.1 | 49.9 |
| Kanton Bern | 140'295 | 144'064 | 49.3 | 50.7 |

Stimmbeteiligung: 43.65% (CH), 39.3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Aus der Grossratsfraktion

Die Nationalratswahlen 2015 waren während dem ganzen Jahr auch in der Grossratsfraktion spürbar, denn nicht weniger als 17 Fraktionsmitglieder engagierten sich als Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf. Wann immer möglich, wurden sie als Fraktionssprecher eingesetzt. Den Nichtkandidierenden, die dadurch ein bisschen weniger „zum Zug kamen“, danke ich an dieser Stelle für ihr Verständnis. Das Engagement hat sich aber gelohnt: Bekanntlich resultierte ein zusätzlicher Nationalratssitz und zwei der drei neugewählten Nationalräte stammen aus unseren Reihen. Herzliche Gratulation Manfred Bühler und Erich Hess zur Wahl!

Selbstverständlich beschäftigte sich die SVP-Fraktion aber hauptsächlich mit Sachthemen und nicht nur mit den Wahlen. Die Analyse der Entscheide im Grossen Rat ergab erfreulicherweise, dass in jeder Session die Mehrzahl der Resultate im Sinne der SVP ausfiel. Leider muss aber auch festgestellt werden, dass in den anderen Fällen oft die mangelhafte bürgerliche Zusammenarbeit zu den unbefriedigenden Ergebnissen führte. Es muss wohl nicht erwähnt werden, welche Partei hauptsächlich für dieses Problem verantwortlich ist...

Januarsession

Fraktionsinternes

In der Januarsession wurden die Legislaturziele der Fraktion beraten und genehmigt.

Verhandlungen

Das meistdiskutierte Geschäft war die Anpassung der Regelungen zur Prämienverbilligung, sprich die Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung. Dank (für einmal) guter bürgerlicher Zusammenarbeit fielen die Entscheide im Sinne der SVP aus. Leider wurde das Referendum ergriffen und es ist zu hoffen, dass

die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Haltung der Bürgerlichen bestätigen. Ein weiteres wichtiges Geschäft waren die Richtlinien der Regierungspolitik. Leider war die SVP bei ihrer Kritik alleine, die anderen bürgerlichen Fraktionen erkannten den ideologischen Gehalt dieses links-grünen Regierungsprogramms zu wenig. Das dritte zentrale Thema war die Kulturpflegestrategie. Die Entscheide zu den meisten Planungserklärungen fielen im Sinne der SVP aus. Folgende wichtigen Entscheide fielen im Sinne der SVP aus: Zu beraten waren einige Kredite mit hohen Summen. Der Neubau für das Institut für Rechtsmedizin und das Departement für klinische Forschung war im Grossen Rat unbestritten. Umso unverständlicher ist, dass einige Gruppierungen gegen dieses Bauvorhaben das Referendum ergriffen haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Fakten vertrauen und nicht den hanebüchernen Behauptungen der Gegner Glauben schenken. Dank einer angenehmen Motion wird auf die Erhöhung des Wasserzinses für Grosswasserkraftwerke verzichtet. Die eigenartige Logik der links-grünen Parteien hat sich bei diesem Geschäft wieder einmal manifestiert: Die SP und die Grünen, die sich den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben haben, lehnten diese Motion, die der Stärkung der Wasserkraft dient, ab. Ein Vorstoss aus den Reihen der SVP wurde angenommen, der die Änderung der entsprechenden Bestimmungen verlangt, sodass künftig der SKOS-Mitgliederbeitrag nicht mehr durch den Kanton, sondern durch die Gemeinden bezahlt wird. Die Gemeinden können somit freier entscheiden, ob sie dieser Organisation angehören wollen oder nicht. Aufgrund einer weiteren Motion, die ebenfalls aus unseren Reihen stammt, müssen die Sanktionsmöglichkeit bei nicht kooperativen Sozialhilfebezüglern verstärkt werden.

Folgende wichtigen Entscheide fielen nicht im Sinne der SVP aus: Leider wurde die Forderung abgeschrieben, dass bei der Unterbringung von Asylsuchenden die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den lokalen Behörden in den verbessert werden muss. Anders als dies behauptet wurde, herrscht diesbezüglich nach wie vor Handlungsbedarf.

Märzsession

Fraktionsinternes

Aufgrund eines Rückkommens wurden die Legislaturziele mit Aussagen zur Gesundheitspolitik ergänzt.

Personelles

Nicht erfreulich waren die Richterwahlen, da es für keine der vier ausgeschriebenen Stellen eine SVP-Kandidatur gab und da für beide Suppleantenstellen am Obergericht jeweils nur eine Kandidatur vorhanden war. Nach diesen Wahlen ist die SP nun nach wie vor übervertreten und die SVP untervertreten. Beim Verwaltungsgericht blieb aufgrund eines Bewerbungsrückzugs nur noch ein FDP-Kandidat übrig, die Übervertretung der FDP ist noch grösser geworden. Bei den Regionalgerichten blieb ebenfalls nur noch eine Kandidatin übrig, immerhin konnte die Untervertretung der EVP mit dieser Wahl ein wenig verringert werden.

Verhandlungen

Ein wichtiges Geschäft war der Entscheid über die Verwendung der Restmittel des Investitionsspitzenfonds. Erfreulicherweise fielen alle Beschlüsse im Sinne der SVP aus und es konnte somit ein wichtiger Schritt getan werden zur Verbesserung der Anbindung von Emmental und Oberaargau. Emotional diskutiert wurde der Zusatzkredit zur Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchender. Leider, aber auch erwartungsgemäss wurde dieser Kredit angenommen. Ebenfalls intensiv waren die Diskussionen über eine Standesinitiative, die verlangt, dass die Militärausgaben des Bundes für die Dauer von 10 Jahren nach Annahme dieser Bestimmung mindestens 1,2 % des BIP betragen müssen. Der Entscheid fiel mit einer Stimme Unterschied äusserst knapp, aber im Sinne der SVP aus. Ebenfalls im Sinne der SVP fiel die Beratung des Geoinformationsgesetzes aus.

Folgende weitere Entscheide fielen im Sinne der SVP aus: Aufgrund eines Vorstosses aus den Reihen der SVP müssen Massnahmen ergriffen werden, damit im Rettungswesen Leistungsverträge mit einer Dauer von mindestens vier Jahren abgeschlossen werden können, wodurch die Planbarkeit und somit die Effizienz und Qualität des Betriebs verbessert werden. Dank eines weiteren Vorstosses aus den Reihen der SVP muss eine Anpassung der Rahmenbedingungen geprüft werden, sodass neuangemeldete Sozialhilfeempfänger, die zu mindestens 50 Prozent arbeitsfähig sind, sofort einem entlöhnten Arbeitsprogramm zugewiesen werden können. Richtig wurde erkannt, dass die Massnahmen betreffend Prävention und Aufsicht insbesondere in Kitas, bei Tagesfamilien und bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausreichen. Entsprechende Forderungen wurden deshalb abgeschrieben bzw. abgelehnt. Abgewendet werden konnte ein Bericht betreffend Massnahmen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Zu hoffen ist, dass die Linke, die die Nichtverlängerung des Gesetzes über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots offenbar noch immer nicht verkraftet hat, dieses Thema nun endlich ruhen lässt. Dank eines Vorstosses aus den Reihen der SVP werden die Planungsverfahren für Windenergieanlagen im Waldgebiet vereinfacht.

Folgender wichtiger Entscheid fiel nicht im Sinne der SVP aus: Leider wurde ein Vorstoss abgelehnt, der es den Anstaltsleitungen der bernischen Gefängnisse ermöglicht hätte, selber zu entscheiden, ob in den Besucherräumen eine Kameraüberwachung installiert werden soll.

Junisession

Fraktionsinternes

Nach einer intensiven Diskussion wurde entschieden, die Fraktionsvizepräsidien nicht bereits im Juni neu zu wählen, sondern erst nach den Wahlen. Der Fraktionsvorstand hatte vorgeschlagen, die Wahl im Juni durchzuführen, damit der eine Fraktionsvizepräsident im September und der andere im November abgelöst werden wäre.

Personelles

Béatrice Struchen kehrte nach ihrem Jahr als Grossratspräsidentin in die Reihen der SVP-Fraktion zurück. Sie hatte ihr Amt mit Bravour ausgeführt, die Sit-

zungen mit Charme und Witz und sehr effizient geleitet und war ein perfektes Aushängeschild für unsere Partei. Herzlichen Dank!

Zwei 50%-Stellen am Regionalgericht waren zu besetzen. Neben der Kandidatin der glp wurde erfreulicherweise auch unsere Kandidatin, Eveline Salzmann, gewählt. Herzliche Gratulation! Mit der Wahl dieser beiden Kandidatinnen konnten die Untervertretungen der SVP und der glp verringert werden. Bedenklich war jedoch, dass sich für die ebenfalls ausgeschriebene Suppleantenstelle keine Kandidaturen finden liessen und die Wahl deshalb auf die Septembersession verschoben werden musste.

Verhandlungen

Das wichtigste finanzpolitische Geschäft war die erste Lesung des Steuergesetzes. Wenngleich die Begrenzung des Fahrkostenabzugs nicht ganz verhindert werden konnte, so war es doch immerhin möglich, sie bei 6700 und nicht bei bloss 3000 Franken festzulegen. Gegen den Willen der SVP wurde der Kinderabzug für Drittbetreuungskosten auf 8000 erhöht. Die von der SP geforderte Abschaffung der Vermögenssteuerbremse konnte abgewehrt werden, aber leider gelang es nicht, die Gewinnsteuer zu senken, da die BDP die Bürgerlichen nicht unterstützte...Aufgrund des insgesamt nicht befriedigenden Ergebnisses lehnte die Mehrheit der Fraktion das Steuergesetz schliesslich ab.

Mehr Vorstösse als üblich beschäftigten sich mit dem politischen System des Kantons Bern: Ein Vorstoss, der die Einführung des Proporzsystems für Regierungsratswahlen gefordert hatte, wurde auch von der SVP abgelehnt. Weiter muss der Regierungsrat nicht aufzeigen, wie hoch die jeweiligen Kosten von Vorstössen sind in Bezug auf die Beantwortung durch die Verwaltung. Die SVP hatte dies abgelehnt mit Blick auf andere Kantone, die diese Praxis nach einigen Jahren aufgegeben hatte. Leider nicht einmal als Prüfauftrag angenommen wurde schliesslich die Forderung aus den Reihen der SVP, die verlangt hatte, dass sich amtierende Regierungsmitglieder nicht durch Abstimmungsempfehlungen oder Parteinahme in kommunale oder regionale Abstimmungen einmischen dürfen.

Folgende wichtigen Entscheide fielen im Sinne der SVP aus: Ein Vorstoss aus den Reihen der SVP betreffend Gemeindeabstimmungen im Berner Jura wurde angenommen, der verlangt, dass die Abstimmungen in allen betroffenen Gemeinden am selben Tag stattfinden müssen. Aufgrund eines gewandelten Vorstosses aus den Reihen der SVP müssen Massnahmen geprüft werden, um den Personalbestand der Kantonsverwaltung zu senken. Zwei weitere Vorstösse aus den Reihen der SVP, die eine Aushebelung der Schuldenbremse durch HRM2 verhindern wollen, wurden angenommen. Zwei Vorstösse, die die Untersuchung der Steuerveranlagungspraxis von Offshore-Geschäften von Firmen mit Sitz im Kanton Bern verlangt hatten und somit eigentliche Misstrauensvoten gegen die Steuerverwaltung darstellten, wurden abgelehnt. Ein weiterer Vorstoss, der denselben Geist atmete, aber diesmal die Überprüfung der Veranlagung der Pauschalbesteuerten verlangte, wurde ebenfalls deutlich abgelehnt. Im Sinne der SVP muss das Spitalversorgungsgesetz im Bereich der ärztlichen und pharmazeutischen Weiterbildungspflicht angepasst werden. Die familienexterne Kinderbetreuung muss neu geregelt werden, womit eine Vereinfachung der Vorgaben, eine Vereinheitlichung der Steuerung und Klärung der Rollen be-

zweckt werden soll. Auch die Sozialhilfe resp. die Beseitigung entsprechender Fehlanreize war wieder ein Thema: Massnahmen müssen geprüft werden, um im Sozialbereich das Lastenausgleichsverfahren so neu zu regeln, dass die kostentreibenden Fehlanreize ausbleiben. Aufgrund eines unbestrittenen Vorstosses aus den Reihen der SVP müssen Massnahmen ergriffen werden, damit die nächsten SwissSkills wieder in Bern stattfinden. Aufgrund eines in Teilen überwiesenen Vorstosses muss das Selektionsverfahren in die Sekundarstufe 1 überprüft werden und verankert werden konnte, dass Mathematik und Deutsch zwingende Selektionsfächer sind. Abgelehnt werden konnte hingegen, dass das Selektionsverfahren den Unterschieden zwischen Buben und Mädchen Rechnung tragen muss. Ebenfalls verhindert werden konnte, dass der Gutsbetrieb Hondrich zwingend biologisch bewirtschaftet werden muss. Schliesslich konnte eine Erhöhung des Kantonsbeitrags an die Verbilligung der Krankenkassenprämien verhindert werden.

Folgende wichtigen Entscheide fielen nicht im Sinne der SVP aus: Ein Kredit betreffend die Finanzierung von Notunterkünften für Asylsuchende im Kanton Bern wurde angenommen. Immerhin konnte ein Antrag der Grünen abgelehnt werden, der die Schliessung der unterirdischen Asylunterkünfte verlangt hatte. Gegen den Willen der SVP muss die Verwendung lärmarmen Strassenbeläge geprüft werden, obwohl sowohl praktische wie auch finanzielle Gründe dagegen sprechen. Leider abgelehnt wurde ein Vorstoss, der Massnahmen verlangte, um illegale Sprayereien an kantonalen Bildungsgebäuden rasch zu übermalen. Nicht befriedigend waren die Entscheide betreffend den Islam im Kanton Bern: Gegen den Willen der SVP muss von den Imamen nicht verlangt werden, dass sie die deutsche oder französische Sprache beherrschen und es werden nicht nur islamische Organisationen zugelassen, die unter Beweis stellen, dass sie eine positive Einstellung zur Gesellschaft und zum Staat haben. Zudem müssen die Gefängnisseelsorge an die religiöse Vielfalt angepasst und auch Seelsorger institutionalisiert werden, die weder reformiert noch katholisch sind.

Septembersession

Personelles

Erfreulich verlief die Suppleantenwahl für das Obergericht, die nun durchgeführt werden konnte, nachdem sich im Juni noch niemand beworben hatte. Gewählt wurde der Kandidat der SVP, Roger Zuber, die Untervertretung der SVP konnte somit verringert werden. Er trat gegen eine Kandidatin der FDP an, wobei die FDP bei einer Wahl übervertreten gewesen wäre. Die Wahl stellte ein gewisses Novum dar, da Roger Zuber als Anwalt und nicht in der Justiz tätig ist.

Verhandlungen

Intensiv diskutiert wurde der Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern. Auf ihr Ersuchen hin wurden die beiden Synodalratspräsidenten und der Vertreter der Pfarrpersonen eingeladen, um ihre Sicht der Dinge darzulegen. Der Bericht war das Schwerpunktthema der Session, was sich unter anderem daran zeigte, dass nicht weniger als 29 Planungserklärungen eingegangen waren. Die SVP war grösstenteils der Ansicht, der Status quo sollte beibehalten werden, drang mit dieser Haltung aber nicht durch. Die Entscheide über die Planungserklärungen fielen dann aber grösstenteils im Sinne der SVP

aus. Zentral waren insbesondere die Entscheide gegen die Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen und gegen die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften.

Ein weiteres wichtiges Geschäft war die zweite Lesung des Steuergesetzes, die leider nicht im Sinne der SVP verlief. Die Kürzung des Fahrkostenabzugs konnte nicht vermieden werden. Zudem wurde die Erhöhung des Fremdbetreuungsabzugs angenommen und die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs abgelehnt und die Senkung der Unternehmenssteuern scheiterte wegen dem Nein der BDP. Die SVP lehnte das Steuergesetz in der Schlussabstimmung schliesslich fast geschlossen ab.

Relativ gross war die Anzahl Geschäfte im Bereich Asylwesen. Der Bericht betreffend Asylwesen im Kanton Bern und die Umsetzung der OAK-Empfehlungen wurde im Sinne der SVP verabschiedet; abgelehnt werden konnten zwei Planungserklärungen der SP, die den Aufbau von nachhaltigen Organisationsstrukturen und einer festen Infrastruktur verlangten sowie ein Massnahmenpaket basierend auf der Grundannahme, dass ein grosser Teil der Asylbewerber im Kanton Bern verbleibt. Leider ebenfalls abgelehnt wurde eine Forderung aus den Reihen der SVP, wonach bei der Zuteilung von Asylsuchenden auf die Gemeinden die Einwohnerzahlen der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen sind. Immerhin muss dank eines Vorstosses aus den Reihen der SVP eine Anpassung geprüft werden, damit die zusätzlichen Verwaltungskosten, die einer Gemeinde mit einer Kollektivunterkunft anfallen, künftig durch die allgemeinen kantonalen Asylausgaben gedeckt werden.

Folgende wichtigen Entscheide fielen im Sinne der SVP aus: Neu muss ein Stellenplan über alle unbefristeten Stellen geführt und dem Grossen Rat jährlich zur Kenntnis gebracht werden. Leider gelang es aber nicht zu erreichen, dass die Höchstzahl der unbefristeten Stellen sogar zur Genehmigung unterbreitet werden muss. Im Sinne der SVP fielen die Entscheide betreffend die Initiative „Stopp Fracking“ aus, die Initiative wird zur Ablehnung empfohlen. Aufgrund einer Standesinitiative aus den Reihen der SVP wird der Bund aufgefordert, seine Beiträge für den Hochwasserschutz zu erhöhen. Aufgrund einer Motion aus den Reihen der SVP müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass entsprechend ausgebildete Apotheker gesunde Erwachsene ohne Arztrezept impfen dürfen. Aufgrund einer angenommenen Forderung muss das Handels- und Gewerbegesetz so angepasst werden, dass die untere Altstadt von Bern als Tourismusgebiet anerkannt wird. Immerhin geprüft werden muss, dass sich der Regierungsrat im Rahmen der RPG II dafür einsetzt, dass nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Bauten ausserhalb der Bauzone ausgebaut werden können.

Folgende wichtigen Entscheide fielen nicht im Sinne der SVP aus: Gegen den Willen der SVP müssen eine Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen eingeführt und die Eingriffsbefugnisse und Eingriffsmittel festgelegt sowie Aufsichtsmechanismen aufgestellt werden. Gegen den Willen von SVP und FDP wurde im Staatsbeitragsgesetz ein überflüssiger Artikel betreffend Lohngleichheit verankert, dies, weil die BDP mit den links-grünen Fraktionen gestimmt hatte. Immerhin muss nach zwei Jahren über den Umfang des administrativen Aufwandes seitens der Verwaltung und der betroffenen Betriebe infor-

miert werden, den dieser Artikel auslöst. Leider wurden Forderungen eines Vorstosses abgelehnt resp. abgeschrieben, die zu einer Verstärkung des leistungsorientierten Schulunterrichts geführt hätten mit Schulnoten als zentralem Beurteilungsinstrument und einer stärkeren Selektion und Förderung leistungsstarker Schüler.

Novembersession

Fraktionsinternes

Entsprechend dem Beschluss vom Juni wurden die beiden Fraktionsvizepräsidien neu gewählt: Madeleine Amstutz und Mathias Müller treten die Nachfolge von Hans Rösti und Ueli Studer an. Hans Rösti und Ueli Studer sei an dieser Stelle für ihr jahrelanges Engagement herzlich gedankt.

Verhandlungen

Ein zentrales Geschäft war das SNB-Gewinnausschüttungsfondsgesetz. Leider misslingen der Nichteintretens- und der Rückweisungsantrag und die SVP lehnte das Gesetz – erfolglos – ab. Wäre die BDP nicht ihrer Finanzdirektorin gefolgt, sondern hätte zusammen mit der SVP, der FDP und der EDU gestimmt, dann hätte dieser neue Fonds verhindert werden können. Leider wurde dann auch eine Forderung aus den Reihen der SVP abgelehnt, die SNB-Gewinnausschüttung 2015 vollständig für den Schuldenabbau zu verwenden. Die Entscheide zum Voranschlag fielen im Sinne der SVP aus; die BDP stimmte sowohl bei der Plafonierung der Nettoinvestitionen wie auch des Sachaufwands konsequent mit den links-grünen Fraktionen... Beim Aufgaben-/Finanzplan konnten wichtige Pflöcke eingeschlagen werden insbesondere mit der Eliminierung der Hälfte der Gewinne der Nationalbank aus dem Zahlenwerk und der Plafonierung des Sachaufwands. Die SVP lehnte den AFP aber dennoch ab aufgrund des Ausgabenwachstums und weil kein Spielraum geschaffen wurde für Steuerenkungen bei natürlichen Personen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Energiestrategie. Die meisten Entscheide fielen zwar im Sinne der SVP aus, allerdings wurden der Rückweisungsantrag resp. die Planungserklärungen der SVP nicht angenommen, die zu Verbesserungen geführt und die Vorschriftenflut für Hauseigentümer minimiert hätten. Die SVP wehrte sich dabei besonders gegen die MuKEN (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich). Sie lehnte schliesslich die Kenntnisnahme der Strategie ab. Leider war auch ein Vorstoss aus den Reihen der SVP nicht erfolgreich, der die Einführung der MuKEN bekämpft hatte.

Die Asylthematik beschäftigte den Grossen Rat auch in dieser Session. Mehrere Vorstösse beschäftigten sich mit der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden respektive der Aufnahme von Flüchtlingen in den Gemeinden, sie wurden entgegen dem Willen der SVP als Prüfaufträge angenommen. Leider abgelehnt wurde ein SVP-Vorstoss, der ein Engagement des Regierungsrats beim Bund verlangt hatte, damit die Verteilung von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen in die Kantone nach einem paritätischen Schlüssel erfolgt, damit die Integrationskapazität berücksichtigt wird und damit sämtliche Lasten inkl. Folge- und Langzeitkosten durch den Bund übernommen werden. Auch ein weiterer SVP-Fraktionsvorstoss war leider chancenlos, er verlangte, dass die Triage von wirklich Bedrohten und Wirtschaftsmigranten bereits an der Landesgren-

ze geschieht, dass Wirtschaftsmigranten an der Grenze zurückgewiesen werden, dass die Attraktivität der Schweiz gesenkt wird, dass das Dublin-Abkommen konsequent angewendet wird, dass die kantonalen Asylzentren mit Ausgangskontrollen geführt werden und dass Nothilfeleistungen konsequent als Sachleistungen ausgerichtet werden. Forderungen nach einer Verringerung politischer Hürden betreffend Arbeitsintegration für Asylsuchende sowie nach einer Förderung der beruflichen und sozialen Integration von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen konnten abgeschrieben werden. Ein weiterer Vorstoss, der die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens sowie die Aufhebung der erstmaligen Gebühren für die Anstellung von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen forderte, wurde hingegen leider angenommen. Folgende wichtigen Entscheide fielen im Sinne der SVP aus: Aufgrund eines Vorstosses aus den Reihen der SVP muss die Einführung einer Regulierungsbremse auf Kantonsebene geprüft werden. Ein weiterer Vorstoss aus den Reihen der SVP wurde angenommen, der Massnahmen verlangte, damit die BLS für ihre Werkstätte kein zusätzliches Kulturland verbraucht. Ein Vorstoss, der die Schaffung eines Unterstützungsfonds für Wirtschaft und Tourismus verlangt hatte, konnte abgewehrt werden. Die Beratung des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes fiel im Sinne der SVP aus. Dank einem Vorstoss aus den Reihen der SVP müssen Lösungen erarbeitet werden, damit die Gemeinden im Falle von illegal durch Fahrende besetzte Grundstücke effizient und schnell vorgehen können.

Folgende wichtigen Entscheide fielen nicht im Sinne der SVP aus: Aufgrund eines Fraktionsvorstosses der Grünen muss geprüft werden, die Übertragung weiterer sicherheitspolizeilicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste zu unterbinden und allenfalls wieder der Polizei zu übertragen. Gegen den Willen der SVP wurde ein Rahmenkredit für kantonale Zumieten angenommen. Ein Vorstoss aus den Reihen der SVP betreffend Unterstützungsmassnahmen für Lehrbetriebe wurde abgelehnt bzw. abgeschrieben. Gegen den Willen der SVP wurden schliesslich zwei Vorstösse im Bereich Notariatsgesetz angenommen, die nebst anderem eine Aufhebung der Minimalgebühren verlangen.

Peter Brand, Grossrat und Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2015 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzgebungsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die ausführlichen Vernehmlassungsantworten können auf dem Partisekretariat bezogen und auf www.svp-bern.ch heruntergeladen werden):

Bildungsstrategie (24.04.2015)

Die Absicht, das Berner Bildungssystem zu konsolidieren und zu beruhigen und weniger Projekte und Reformen durchzuführen, wird begrüsst. In diesem Sinne unterstützt die SVP die Bildungsstrategie, es gibt aber Punkte, welche kritisiert werden: Der Fokus ist zu einseitig auf Integration, benachteiligte Minoritäten und

den gesellschaftlichen Wandel (Stichwort Interkulturalität) gelegt, förderungswillige und förderungsfähige Kinder sowie Kinder mit „unauffälliger“ Biographie verdienen aber ebenso Aufmerksamkeit; die schweizerische Kultur und die schweizerischen Werte, die der Ausgangspunkt der Bildung im Kanton Bern sein sollten, rücken in den Hintergrund. Entsprechende Korrekturen werden gefordert. Verlangt wird ebenfalls, dass der Grundsatz „Fördern und Fordern“ und die damit zusammenhängende Selektion erwähnt werden. Auch muss sich die Bildungsstrategie der von der Arbeitswelt aufgezeigten Problematik annehmen, dass Wissen und Können nicht mehr aufeinander abgestimmt sind. Weiter sollte der Stellenwert der Berufsbildung in der Bildungsstrategie erhöht werden. Schliesslich wird auch gefordert, dass die Finanzierbarkeit beachtet wird. Die SVP konkretisiert die obigen kritisierten Punkte in ihren Bemerkungen etwa zu den strategischen Leitlinien und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen.

Dringliche Änderungen des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes (KESG) (30.04.2015)

Gemäss SVP muss mit den Gesetzesänderungen eine Verbesserung der administrativen Wege, ein effizienterer Mitteleinsatz und mehr Transparenz für die Gemeinden bewirkt werden. Auch verlangt die SVP die Klärung von Punkten wie die Kostensteigerung bei Fremdplatzierungen, die verbindliche Regelung der Kosten der Fremdplatzierungen, das Funktionieren der KESB auch an Feiertagen und in der Nacht etc. Nebst diesen allgemeinen Punkten fordert die SVP Anpassungen einzelner Artikel: Wichtig ist etwa, dass auch die Einwohnergemeinden als „Partner“ der KESB im Gesetz erwähnt werden inkl. Informationsaustausch. Weiter muss die Verordnung so formuliert werden, dass die versprochene Entlastung der Gemeinden tatsächlich eintritt. Auch sollten die Einwohnergemeinden im Interesse der Bürgernähe weiterhin die Handlungsfähigkeitszeugnisse erstellen können.

Änderung des Arbeitsmarktgesetzes (AMG) (04.05.2015)

Die SVP stellt fest, dass es sich um eine eher technische Gesetzesänderung zur Schaffung der erforderlichen Grundlagen für den Austausch von Personendaten handelt. Die entstehende Möglichkeit, dass die verschiedenen involvierten Behörden und Institutionen besser zusammen arbeiten können, wird begrüsst. Zu den einzelnen Artikeln äussert sich die SVP nicht.

Teilrevision Spitalversorgungsverordnung (SpVV) (28.05.2015)

Die SVP erkennt in verschiedenen Artikeln Änderungsbedarf. Hingewiesen wird unter anderem auf zu grossen Interpretationsspielraum und eine zu hohe Anzahl an Qualitätsindikatoren. Kritisiert wird weiter, dass zur Sicherstellung der Spitalseelsorge auf die Anzahl Vollzeitstellen eines Listenspitals abgestellt wird. Beanstandet wird auch, dass die neu geplanten Vorschriften betreffend Lebenszyklusmanagement zu zusätzlichem administrativem Aufwand führen und dass gemäss Vorschlag der GEF die Infrastruktur nicht nur die Gebäude, sondern auch die Informatik, das Mobiliar und die Fahrzeuge umfassen soll. Gefordert wird schliesslich eine Beschränkung der zusätzlichen Anforderungen an Listen-

spitäler auf das absolute Minimum, um die Administrationskosten gering zu halten.

Gesetz betreffend die Durchführung von Abstimmungen über die Kantonszugehörigkeit bernjurassischer Gemeinden (KBJG) (05.06.2015)

Die SVP fordert, dass die Konzessionen an den Kanton Jura ein Ende haben und dass deshalb alle Gemeindeabstimmungen am selben Tag stattfinden. Weiter sollte das Gesetz dahingehend ergänzt werden, dass auch die Kantonszugehörigkeit derjenigen Gemeinden, die keine Gemeindeabstimmung verlangt haben, als geregelt betrachtet wird.

Innovationsförderungsgesetz (IFG) (12.06.2015)

Die SVP bedauert, dass die diversen in diesem Zusammenhang bestehenden Gesetze (z.B. Staatsbeitragsgesetz, Bestimmungen zur Wirtschaftsförderung) nicht gleichzeitig zur Vernehmlassung unterbreitet wurden. Bemängelt werden weiter die uneinheitlichen Zuständigkeiten, die nicht einheitliche Regelung der Finanzkompetenz und die mangelnde Transparenz. Betont wird auch, dass kein Giesskannensystem entstehen darf und dass die KMUs in den ländlichen Regionen nicht benachteiligt werden dürfen. Nebst diesen allgemeinen Bemerkungen äussert sich die SVP auch konkret zu einzelnen Artikeln. Gefordert wird u.a. eine konkretere Formulierung der Grundsätze, nach welchen Gelder gesprochen werden, sowie die Nennung gewisser Grundzüge und Rahmenbedingungen für den Leistungsvertrag.

Änderung des Personalgesetzes (PG) (16.06.2015)

Die SVP anerkennt den Handlungsbedarf, denn aus Gründen der Transparenz und der dringend nötigen Sorgfalt im Umgang mit den knappen Steuergeldern ist es höchste Zeit, Regelungen betreffend die Zusatzmandate der Regierungsmitglieder und Verwaltungsangestellten zu treffen. Der Grundsatz, dass sämtliche Entschädigungen an den Kanton gehen, ist ein wichtiger Schritt. Die SVP begrüsst grundsätzlich auch die weiteren vorgeschlagenen Neuerungen, hat aber Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen. Die Höchstgrenze für Funktionszulagen von CHF 1000 pro Monat etwa wird als eher hoch angesetzt beurteilt. Kritisiert werden die Ausnahmen für Kantonsangestellte, die den Kanton in der Verwaltungskommission der Bernischen Pensionskasse (BPK) bzw. der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK) vertreten. Die Aufhebung der Altersgrenze bei der Neu- oder Wiederwahl in den Regierungsrat wird als konsequent beurteilt. Bedauert wird hingegen, dass das Thema Vertrauensarbeitszeit beim Kader der Kantonsverwaltung nicht beleuchtet wird. Die SVP verlangt vom Regierungsrat diesbezügliche Vorschläge.

SNB-Gewinnausschüttungsfondsgesetz (SGFG) (22.06.2015)

Die SVP lehnt das Gesetz entschieden ab, da solche Fonds kein taugliches Mittel für eine ehrliche und nachhaltige Finanzpolitik sind, die jeweiligen Jahresabschlüsse verfälschen und nur dazu dienen, dass in schlechten Jahren nicht gespart werden muss und in guten Jahren nicht konsequenter Schuldenabbau oder Steuererleichterungen realisiert werden. Auch die schwierige Prognostizier-

barkeit der Gewinnausschüttungen der Nationalbank ist kein Grund, erneut Finanzpolitik mit einem Fonds zu betreiben. Vielmehr sollte auf die Budgetierung der Gewinnausschüttungen verzichtet werden. Die SVP kündigt an, Nichteintreten zu beantragen, falls das Gesetz dem Grossen Rat vorgelegt würde, und verzichtet darauf, zu den einzelnen Artikeln Stellung zu nehmen.

Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) (03.08.2015)

Die SVP ist enttäuscht, dass der Regierungsrat den Auftrag der Motion Studer, welche die Gesetzesänderung ausgelöst hatte, nicht umsetzen will. Ziel der Motion war es, die Kosten in der Sozialhilfe zu optimieren und Fehlanreize zu beseitigen. Der Regierungsrat will aber am Leistungsziel des sozialen Existenzminimums festhalten und somit am systemischen Fehlanreiz nichts ändern. Einzig bei den jungen Erwachsenen wird eine Einschränkung vorgenommen, was begrüsst wird, aber nicht ausreicht. Nebst der Senkung der Ansätze sollte das heutige System der Integrationszulagen IZU und Einkommensfreibeträge EFB durch ein neues Konzept abgelöst werden. Aktuell werden weiter Selbstverständlichkeiten faktisch zusätzlich honoriert, zielführend wäre ein umgekehrter Ansatz: Nur wer alle Voraussetzungen erfüllt, erhält 100 % Grundbedarf und situationsbedingte Leistungen. Aufzuheben und durch ein neues System zu ersetzen ist schliesslich das Bonus-Malus-System, da dieses sich als untauglich erwiesen hat. Die SVP fordert in einzelnen Artikeln Anpassungen, um die kritisierten Punkte entsprechend zu verbessern. Bemängelt wird etwa, dass die Bemessungsgrundsätze weiterhin auf Verordnungs- statt auf Gesetzesstufe festgelegt werden. Diesbezüglich wird eine Änderung gefordert. Begrüsst wird andererseits die Beschränkung auf die verfassungsmässige Nothilfe für Personen, die sich nur zur Stellensuche im Kanton aufhalten. Gefordert wird, den Grundbedarf für den Lebensunterhalt nur dann in vollem Umfange zu leisten, wenn die Bedingungen und Auflagen erfüllt und die Ziele erreicht werden. Die SKOS-Richtlinien sollen höchstens subsidiär anwendbar werden.

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom 20. November 2014 über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV) (01.10.2015)

Die SVP lehnt einen Beitritt zu diesem Konkordat, das keinen Nutzen bringt und dessen Text nur integral angenommen oder abgelehnt, nicht aber angepasst werden kann, ab. Der Kanton würde sich unnötig lange binden, indem eine weitere gebundene Ausgabe im Budget festgeschrieben würde. Angeregt wird, die Weiterbildungsfinanzierung stattdessen auf Verordnungsstufe festzuschreiben, da die Verordnung flexibler auch an die finanziellen Verhältnisse des Kantons angepasst werden kann.

Steuerstrategie (18.12.2015)

Die SVP weist die Steuerstrategie aus diversen Gründen zurück. Begrüsst wird einzig die Senkung der Kapital- und Gewinnsteuern für juristische Personen, wobei die KMU davon nur wenig profitieren. Scharf kritisiert wird, dass für natür-

liche Personen nichts vorgesehen ist und dass stattdessen als Gegenfinanzierung für die Steuersenkung für die juristischen Personen die natürlichen Personen als Autofahrer und Eigentümer von Liegenschaften noch mehr zur Kasse gebeten werden. Die SVP weist darauf hin, dass das Hauptproblem bei den Finanzen des Kantons Bern das Ausgabenwachstum darstellt, und dass bei einem Nullwachstum der Ausgaben eine Steuersenkung für natürliche Personen ins Auge gefasst werden könnte. Sie fordert deshalb eine Weiterführung der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP. Die SVP äussert sich auch zu einzelnen Massnahmen. Die Senkung des Gewinnsteuertarifs und des Kapitalsteuertarifs wird begrüsst, gefordert wird aber eine Senkung auf 2,5 %. Die Erhöhung des Abzuges für Drittbetreuungskosten wird abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und die SVP äussert diesbezüglich ihr Erstaunen, dass hier ein zweimal geäussertes Volkswillen ignoriert wird. Die Ergreifung des Referendums wird in Aussicht gestellt. Die SVP stellt sich schliesslich auch gegen die allgemeine Neubewertung der amtlichen Werte für nicht landwirtschaftliche Grundstücke zur Wehr.

Die SVP im Netz

Die elektronische Präsenz und Kommunikation wird auch für politische Parteien immer wichtiger. Das Jahr 2015 stand für die SVP Kanton Bern in dreierlei Hinsicht im Zeichen einer „elektronischen Offensive“.

Kantonale Homepage grundlegend überarbeitet

Nachdem die Homepage der Kantonalpartei www.svp-bern.ch zu einem früheren Zeitpunkt bloss leicht aufgefrischt worden war, wurde sie 2015 nun grundlegend erneuert. Primäres Ziel dieses Relaunches war es, die Kompatibilität der Homepage für Smartphones und Tablets zu verbessern, das Erscheinungsbild zu modernisieren und die Benutzerfreundlichkeit sowohl für User wie auch für die Webmaster zu erhöhen. Angestrebt war, die Erneuerung rechtzeitig für die eidgenössischen Wahlen abzuschliessen, was gelang. An dieser Stelle seien Luis Jucker und dem Team der CBM Group, die für die technische Umsetzung des Relaunch-Projekts zuständig waren, für ihren grossen Einsatz bestens gedankt. Die neue Homepage ist seit Juli 2015 online und führte zu positiven Rückmeldungen. Sie ist ein wichtiges Kommunikationstool, durchschnittlich erhält sie knapp 18'000 Hits und 3000 Visits pro Monat. Die Homepages der Sektionen und Wahlkreisverbände werden 2016 auf das neue System wechseln.

Facebook Spitzenreiter der Kantonalparteien

Die SVP Kanton Bern hat aber auch ihre Aktivitäten auf Facebook ausgebaut, dies im Gegensatz zu den als „modern“ geltenden Mitteparteien BDP und glp. Dies drückt sich auch in der Anzahl „Gefällt mir“-Angaben aus: 2474 Personen gaben dem Facebook-Auftritt der SVP Kanton Bern ein „Like“, die SVP Kanton Bern ist somit Spitzenreiterin unter den bernischen Kantonalparteien. Zum Vergleich: Die SP Kanton Bern erhielt 1647 „Likes“, die FDP 658, die Grünen 476,

die glp 323 und die BDP lediglich 298. Sie muss aber auch den Vergleich innerhalb der SVP nicht scheuen; die Facebook-Seite der SVP Zürich erhielt 1219 „Likes“, diejenige der SVP Schweiz 18'317. Der Facebook-Auftritt war und ist auch für die Wahlen ein wichtiges Kommunikationsinstrument. Die Wahlbefragung des gfs etwa ergab, dass sich 14 Prozent der Wählenden über die sozialen Medien informiert hatten. Von eher abnehmender Bedeutung ist hingegen Twitter. Die SVP Kanton Bern pflegt daher hier auch keinen eigenen Auftritt.

E-Mail-Adressen-Bestand erhöhen

Der dritte Teil der elektronischen Offensive betraf die Kommunikation zu den Mitgliedern. Im Sinne einer noch schnelleren, umfassenderen und direkteren Information soll der Bestand der Mailadressen aktualisiert und ausgebaut werden. In der Januar-Ausgabe 2016 des „Berner Journals“ sollen die Mitglieder deshalb darum gebeten werden, ihre Mailadressen zu melden. Wichtig ist festzuhalten, dass der elektronische Informationskanal das „Berner Journal“ nicht ersetzen, sondern ergänzen soll.

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Zuständiger Web

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2015 8 Mal. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Zielsetzungen 2015, eidgenössische Wahlen, Relaunch Homepage, Vorgehen betreffend Bundesratskandidaturen, Regierungsrats-Ersatzwahlen.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2015 tagte der Parteivorstand 4 Mal ordentlich. Um der Diskussion betreffend die Regierungsrats-Ersatzwahlen genügend Raum zu geben, wurde zudem eine ausserordentliche Sitzung durchgeführt. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden an den ordentlichen Parteivorstandssitzungen im Jahr 2015 insbesondere folgende Geschäfte behandelt: Sozialpolitik (Sozialhilfepapier der SVP Schweiz), eidgenössische Wahlen (insbes. Listengestaltung), weiteres Vorgehen betreffend Kulturlandinitiative, Regierungsrats-Ersatzwahlen (Entscheid betreffend Anzahl Kandidaturen, Kandidatenvorschlag zuhanden der Delegierten), Nomination Bundesratskandidat.

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

19. Januar 2015

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

30. April 2015

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich

Volksinitiative «Stipendieninitiative»

Volksinitiative «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)»

Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

Jahresbericht 2014

Finanzen

Jahresrechnung

Budget

Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Lötschbergzentrum, Spiez

2. September 2015

Sicher und frei bleiben – die politischen Ziele der SVP (Referat Werner Salzmann)

Sind tiefe Steuern im Kanton Bern möglich? (Referat Peter Brand)

Verabschiedung der Resolution der SVP Kanton Bern zur Asyl- und Migrationspolitik „Bedrohte schützen – Zuwanderung steuern“

Diskussionsrunde

Wie unabhängig sind wir von der EU? (Referat Albert Röstli)

Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

3. November 2015

Rückblick National- und Ständeratswahlen

Nomination Regierungsratswahlen

Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)

Im Jahre 2015 tagte die Kommission an fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session.

Folgende Geschäfte haben finanzpolitisch das Jahr 2015 geprägt. Mit diesen Geschäften hat sich die Kommission im Rahmen ihrer Sitzungen auch vertieft befasst.

Steuergesetzrevision 2016: in 2 Lesungen hat der große Rat eine weitere Teilrevision des Steuergesetzes behandelt. Ein wichtiges Thema war die Begrenzung des Abzugs der Fahrkosten für den Arbeitsweg. Der Regierungsrat wollte eine viel weitergehende Begrenzung analog Bund. Dies hätte jedoch vor allem die motorisierten Pendler des ländlichen Raumes getroffen. Die bürgerliche Mehrheit hat sich dann hinter den Kompromiss gestellt, die Begrenzung nur auf 6700 Fr. festzusetzen, sehr zum Unmut der Linken und Grünen. Leider konnten wir die Erhöhung des Abzuges für die Kosten der Kinder Drittbetreuung von 3100 auf neu 8000 Fr. nicht verhindern. Die selbst erziehenden Eltern werden dadurch natürlich benachteiligt. Bei Vereinen konnte neu auf Antrag aus Kreisen der SVP die Freigrenze auf 20.000 Fr. erhöht werden. Die Öffentlichkeit des Steuerregisters wurde eingeschränkt. Weitere Änderungen betrafen vor allem Anpassungen an das Bundesrecht. Im Jahr 2016 wird uns dann vor allem die Steuerstrategie und deren Umsetzung beschäftigen. Wie inzwischen bekannt wurde, beinhaltet diese Strategie zwar zu begrüßende Steuersenkungen für juristische Personen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III, die Gegenfinanzierung unter anderem durch eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und einer Neubewertung der amtlichen Werte von nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften ist jedoch absolut inakzeptabel. Die SVP wird sich dagegen entschieden zur Wehr setzen.

SNB-Gewinnausschüttungsfonds: die SVP konnte leider nicht verhindern, dass wieder einer dieser unsäglichen Fonds errichtet wurde. Einmal mehr verhalfen die Mitte-Parteien einem Geschäft zum Durchbruch, welches finanzpolitisch mehr als fraglich ist. Erst kürzlich wurde der letzte Fonds aufgelöst. Damit die Gewinnausschüttungen der Nationalbank verstetigt werden können, wurde ein Fonds geschaffen, welcher mit Einschüssen die über dem Budget liegen gespeisen wird und wo dann wieder Geld entnommen werden kann, wenn die SNB einmal keine Ausschüttung macht. Der Fonds dient einzig dazu, den Spar- und Druck von Regierung und Verwaltung wegzunehmen.

Voranschlag/Finanzplan: der Voranschlag 2016 weist zwar schwarze Zahlen auf, für die Planungsjahre 2017-2019 ist jedoch wieder Schuldenwachstum angesagt. Dies vor allem deshalb, weil es einmal mehr nicht gelingt, das Ausgabenwachstum zu begrenzen. Wie immer wird steigender Aufwand mit erwarteter

ten steigenden Steuererträgen gegenfinanziert. Von bitter nötigen Steuersenkungen für natürliche Personen ist weit und breit nichts zu sehen. Auf Antrag der Finanzkommission des Grossen Rates konnten noch geringfügige Korrekturen angebracht werden. Der Sachaufwand wurde auf 800 Millionen Fr. plafoniert, die Nettoinvestitionen um 30 Millionen auf 440 Millionen Fr. reduziert. Der Aufgaben- und Finanzplan 2017-2019 wurde nur relativ knapp angenommen, da die SVP diesen geschlossen ablehnte. Dies vor allem deshalb, weil jegliche Perspektiven für Steuersenkungen für natürliche Personen fehlen. Im Rahmen der vorerwähnten Steuerstrategie mit Umsetzung durch Gesetzesrevisionen wird die SVP versuchen müssen, klare Zeichen zu setzen. Es braucht nicht nur eine Entlastung der juristischen Personen, sondern auch der natürlichen Personen. Jahr für Jahr rutscht der Kanton Bern im interkantonalen Vergleich weiter ab. Der Pendlerstrom zeigt, dass immer mehr gut Verdienende zwar im Kanton Bern arbeiten, den Wohnsitz jedoch in einem steuergünstigen Nachbarkantonen haben. Dieser Entwicklung kann nicht weiter tatenlos zugesehen werden.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Pour la commission CIRE/SAK, l'année 2015 s'est ouverte par de vives discussions autour des lignes directrices de la politique gouvernementale / « Richtlinien der Regierungspolitik 2015 - 2018. Legislaturziele des Regierungsrates » qui ont été soumises au Grand Conseil lors de la session de janvier 2015. La Commission spécialisée UDC pour la CIRE a relevé la coloration rouge-verte de ce programme de législature. Elle a longuement débattu de l'alternative suivante : renvoi au Conseil-exécutif ou prise de connaissance. Elle a aussi discuté d'éventuelles déclarations de planification pour conférer aux lignes directrices davantage d'équilibre et pour les compléter sur certains points. Cela constitua un exercice nouveau et très exigeant pour les membres de cette commission ainsi que pour tout le groupe parlementaire UDC et pour le Grand Conseil en général.

Au printemps de 2015, la Fachkommission CIRE a pris connaissance de deux traités d'amitié signés par le canton de Berne avec respectivement la Préfecture de Nara (Japon) et la ville de Shenzhen. Au cours de la session de juin 2015, le Grand conseil a voté des déclarations de planifications demandant que le Conseil exécutif, conjointement avec la CIRE, clarifie les compétences de chaque organe en matière de signature de traités d'amitiés tels que ceux mentionnés. Toujours dans le sens des déclarations de planifications votées par le Grand Conseil, le Conseil exécutif s'efforce d'optimiser les flux d'information dans les affaires de politique extérieure.

Toujours dans le premier semestre de 2015, la CIRE a entamé ses travaux, conjointement avec le Conseil exécutif, sur les rapports entre l'Eglise et l'Etat dans le canton de Berne. Cette thématique hautement importante a fait l'objet de nombreuses et longues discussions. Favorable à une certaine continuité

dans ce domaine, tout comme le Conseil exécutif, le groupe UDC de la CIRE s'est engagé en faveur de déclarations de planifications diverses parmi lesquelles nous mentionnerons celle portant sur l'affectation négative des ressources financières revenant aux Eglises nationales (negative Zweckbindung). S'inscrivant dans une perspective libérale et anti-bureaucratique, l'UDC estimait qu'il valait mieux établir une liste de ce que les Eglises ne doivent pas faire plutôt que de leur attribuer des tâches spécifiques à effectuer. Le Conseil exécutif a fini par se rallier à ce point de vue qui l'a emporté devant le Grand Conseil lors de la session de septembre au cours de laquelle le Rapport sur les relations entre l'Eglise et l'Etat a été traité. Ce rapport, dont le Grand Conseil a pris connaissance, servira de prélude à une révision de la loi régissant les relations entre l'Etat et les Eglises dans le canton de Berne

Finalement, la fin de l'année 2015 a essentiellement été consacrée au projet de loi sur l'organisation de votations relatives à l'appartenance cantonale de communes du Jura bernois (LAJB). Le 2 novembre 2015, la CIRE a décidé par 13 voix contre 2 et 2 abstentions de soutenir des votes communalistes en deux temps, la commune de Moutier se prononçant d'abord seule sur son rattachement au canton du Jura et les communes qui en ont fait la demande (Belprahon, Grandval, Crémines et Sorvilier) se prononçant à leur tour pour autant que Moutier ait décidé de rejoindre la République et canton du Jura. La majorité du groupe UDC de la CIRE était favorable à un vote en deux temps tandis que la minorité soutenait un vote simultané. C'est finalement l'option d'un vote en deux temps qui a été privilégiée par le Grand Conseil.

Dans la suite de ses travaux, notre commission continuera de s'occuper des questions politiques fondamentales, de l'architecture institutionnelle du canton, des réformes du droit constitutionnel et de la démocratie semi-directe ainsi que des affaires relevant des droits politiques. Elle se chargera de ces tâches avec le souci constant de préserver la démocratie semi-directe ainsi que la sphère privée et les libertés fondamentales.

Anne-Caroline Graber, Grossrätin, La Neuveville

Bildungskommission (BIK)

Die Kommissionsarbeit der Bildungskommission (BIK) hat sich recht gut eingependelt. Die Arbeit ist spannend, intensiv, und bedeutet je nach Thema Knochenarbeit. Sie fordert uns, konstruktiv und dennoch sich kritisch mit den verschiedenen Themen der Erziehungsdirektion auseinander zu setzen. Die engagierte Zusammenarbeit unter uns SVP Kommissionsmitglieder funktioniert gut. Wir scheuen uns nicht bei Unklarheiten kritische Fragen zu stellen. Es hat sich eingebürgert, dass wir in wichtigen Geschäften mit den Kommissionsmitglieder der FDP und BDP jeweils eine Vorsitzung organisieren, um eventuelle Allianzen, die zu einer Mehrheitsentscheidung führen könnten, zu bilden.

In acht Sitzungen haben wir die Traktandenliste der ERZ-Geschäfte abgearbeitet und zuhänden des Grossen Rats verabschiedet. Es sind dies unter anderem Geschäftsberichte zu den verschiedenen im Bildungsbereich tätigen Institutionen wie Universität und Fachhochschulen. Kreditgeschäfte sind neu, die in dieser Form in der Bik diskutiert und verabschiedet werden. Die Frage stellt sich hier, wie weit und detailliert müssen wir vorgehen, wenn die vorhandenen Beiträge bereits eingestellt sind. Gerade der Betriebsbeitrag zum Kulturförderungsfond zuhänden des Umsetzungsprojektes der Bühnenkünste im Berner Jura und Biel ist ein solches Geschäft, welches deswegen zu grosser Diskussion führte.

Die Pendenz aus der letzten Sitzung vom Jahr 2014 war die Beschlussfassung der verschiedenen Anträge zur Kulturpflegestrategie (Denkmalpflege) zuhänden des Grossen Rats, war ein richtiger Kraftakt darstellte. Zu unterschiedlich waren die Ansichten zwischen den einzelnen Fraktionen. Daher war absehbar, dass in diesem Geschäft keine Bürgerliche Allianz zustande kam. Das gleiche Bild zeichnete sich anschliessend auch in der Debatte im Grossen Rat ab. Trotzdem hat sich die Diskussion, und die kritische Hinterfragung des Vorgehens der Denkmalpflege gelohnt, denn die Lockerung der 10% in Kanton Bern befindenden geschützten Gebäude kommt voran.

Zu vieles ist in der Bildung im Umbruch, als dass wir uns zurücklehnen können, wir werden auch in Zukunft gefordert sein. An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, meinen Kommissionsmitglieder für ihre konstruktive, und engagierte Mitarbeit ganz herzlich zu danken, und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Gesundheits- und Sozialkommission (GsoK)

Allgemeines:

Zusätzliche Regulierung ist kein Heilmittel für zu viel Regulierung in der medizinischen Versorgung. Mehr Markt und Eigenverantwortung schon! Aber eben, wie steht es gerade mit der Eigenverantwortung, wenn es um die eigene Gesundheit geht? Vergleiche ich die Zahlen der letzten 10 Jahre, dann nahmen die Gesundheitskosten im Kanton um 57% zu und betragen 17% aller Ausgaben.

Bei der sozialen Sicherheit nahmen die Kosten um 28% zu und betragen 20.3% aller Ausgaben. Zusammen fast 50% der Ausgaben des Kantons Bern. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen der kantonalen Gesundheitspolitik sind das Gesundheitsgesetz vom 2. Dezember 1984 (GesG) und das Spitalversorgungsgesetz vom 13. Juni 2013 (SpVG) sowie das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 11. Juni 2001 (Sozialhilfegesetz, SHG).

Zu den Themen:

Die Revision des Sozialhilfegesetzes wurde behandelt, natürlich mit gegenteiligen Meinungen innerhalb der GSOK. Da ist es zu hoffen, dass der Regierungsrat die längst fällige Reduktion der SKOS-Richtlinien vornimmt. Bei der Verselbständigung der Psychiatrie geben vor allem die Bewertungen der Liegenschaften zu diskutieren. Auch der sehr grosse Handlungsbedarf bei der schlecht geführten Institution der Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland-Berner Jura in Belvelay ist sehr komplex und fordert einschneidende Massnahmen. Bei der Spitalstandortinitiative ist man sich auch innerhalb der SVP uneinig. Es wurde von keinem bis drei Gegenvorschlägen diskutiert. Das Überangebot muss korrigiert werden, besonders in den Städten und in den ländlichen Gebieten ist ein sinnvolles Angebot aufrecht zu erhalten. Dies wäre eigentlich mit der jetzigen Gesetzgebung möglich, aber es fehlt am Willen des Regierungsrates. Ich hoffe, wir können das mit der Wahl unseres SVP Kandidaten für die Regierungsrats-Ersatzwahlen endlich korrigieren.

Organisatorisches:

Für die Vorbesprechung der Sitzungen habe ich stets alle bürgerlichen Kommissionsmitglieder eingeladen, was positiv ankam und es hat sich sehr bewährt, sind wir damit doch eine Mehrheit von 9 der 17 Sitze.

Ziele:

Die anfangs erwähnten hohen Ausgaben müssen unbedingt mit sinnvollen Massnahmen in der Gesundheits- und Sozialpolitik gesenkt werden!

Dank:

Ich möchte es nicht unterlassen, meinen Mitgliedern in der Gesundheits- und Sozialkommission für ihren Einsatz bestens zu danken.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Bau-, Energie-, Verkehr und Raumplanungskommission (BaK)

Zum Jahresbeginn haben wir uns mit dem kantonalen Geoinformatik-Gesetz befasst. Etwas Abstrakteres gibt es fast nicht. Besten Dank, Geri, für deine Vorarbeiten. Es folgten Geschäfte wie der Ausführungskredit für den Werkhof Loveresse und der Projektierungskredit für das pädagogische Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee. Leider schafft es der Kanton Bern immer noch nicht, grosse Werkhöfe mehrstöckig zu planen, eine leidige Diskussion, die in anderen Kantonen vor längerer Zeit geführt und Lösungen gefunden wurden. Der Ausführungskredit für einen Umbau eines leer stehenden Gebäudes für das Institut für Biochemie und Molekulare Medizin der Uni wurde bewilligt. Eine komplexe aber sinnvolle Investition für zusätzliche Aufträge Dritter und eine Konzentration verschiedener Standorte.

Der Weiterbildungstag führte uns nach Regensdorf ZH. Wir befassten uns mit dem verdichteten Bauen. Geht das überhaupt? Eine Überbauung im Zentrum mit einer Gesamtplanung, wo verschiedene Grundeigentümer und Investoren beteiligt sind, und der Verantwortliche vom Kanton Zürich zeigte uns, was möglich ist, mit welchen Vor- und Nachteilen. Eindrücklich, wie der bevölkerungsreichste Kanton die Wohnbau- und Siedlungsthematik angeht.

Die Stopp-Fracking-Initiative gab bei uns in der Fraktion, wie im Grossen Rat viel zu reden. Wer hat jetzt die richtigen und wichtigen Infos und Argumente, was gehört zu welcher Gewinnungsart im Untergrund und wie viel Umweltschäden richten die diversen Abbau- und Fördermethoden an. Die Diskussion war gut, der Gegenvorschlag besser, so wurde die Initiative zurückgezogen.

Am Schermenweg in Bern ist die Einstellhalle in einem unglaublich schlechtem Zustand, der entsprechende Ausführungskredit für die Sanierung war nicht eben bescheiden, vor allem wenn die Nutzung nur noch max. 10 Jahre dauern soll. Wer welche Pflichten an/bei diesem Objekt nicht wahrgenommen hat, ist nicht mehr relevant, es sollte einfach besser werden.

Lärmschutzmassnahmen 3. Generation: keine grossen Diskussionen und Fragen, wir werden es in den Regionen und einigen Ortschaften noch einmal merken und sehen. Auch der Rahmenkredit 2016 - 19 für die Parke von nationaler Bedeutung, sowie für das UNESCO-Weltnaturerbe gab nicht viel zu reden und wurden klar bewilligt.

Bei der Energiestrategie des Kantons Bern wurde über den Stand der Umsetzung debattiert. Leider benutzen einzelne Abteilungen und Ämter des Kantons solche Zwischenberichte nicht nur für Verbesserungen und Korrekturen anzubringen, sondern installieren neue, gewichtige Auflagen für Hausbesitzer, Gewerbe- und Industriebetriebe. Das findet unsere Fraktion nicht toll, leider können wir hier nur mit Planungserklärungen mit- und entgegenwirken.

Ausblick 2016:

Die Raumplanung mit der Berner Kulturland-Initiative, dem Gegenvorschlag der Regierung und der Teilrevision des Baugesetzes werden uns an mehreren Tagen beschäftigen. Die Diskussionen werden spannend, nervenaufreibend, intensiv und Zeitraubend sein.

Hans Jörg Rügsegger, Grossrat, Riggisberg und die Vertreter der SVP Geri Fischer Vizekommissionspräsident, Hugo Kummer, Willy Marti, Hans Rösti, Ersatzmitglieder Lars Guggisberg und Christian von Känel, übernehmen freundlicherweise die Vertretungen, die uns sehr wichtig ist und bei uns gut funktionieren. Merci viel Mal.

Hans Jörg Rügsegger, Grossrat, Riggisberg

Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission hat sich an mehreren Sitzungen mit den wichtigsten Geschäften der Polizei- und Militärdirektion befasst. Die hochgelobten Verbesserungen, welche mit den neuen Sachbereichskommissionen hätten eintreten sollen, sind aus meiner Sicht jedoch ausgeblieben und unser Einfluss als Kommissionsmitglied ist sehr gering. Die Kommissionsarbeit ist oftmals geprägt von langen Vorträgen und Diskussionen mit der Verwaltung. Entscheidungen werden von der Kommission aber nur bei Geschäften gefällt, welche abschliessend vom Parlament behandelt werden. Gerade bei der Flüchtlingspolitik wäre die Mitbestimmung unserer Kommission sehr wichtig, damit nicht einseitige Entscheide gefällt, sondern auch Gegenmassnahmen geprüft werden. Leider ist der Wille von Bund und Kanton nicht sehr gross Einschränkungen bei der Flüchtlingsaufnahme zu unternehmen und die Verantwortung der Flüchtlingsunterbringung wird den Gemeinden und der Bevölkerung alleine aufgebürdet. Der Kanton Bern verfügt aktuell (Dezember 2015) über 37 Zentren welche eine Totkapazität von 3'306 Plätze haben. Davon waren im Dezember 3'660 belegt.

Bis Ende Januar 2016 werden bereits über 50 Zentren in Betrieb genommen sein. Über 400 unbegleitete minderjährige Asylsuchende, davon 218 in den UMA- Zentren oder in Familien untergebracht. Mehrere Hundert Asylsuchende sind in Hotels untergebracht. Dem Kanton Bern werden aktuell weit über 15 % aller Flüchtlinge vom Bund zugewiesen. Leider werden praktisch keine Ausschaffungen von abgewiesenen Flüchtlingen (ca. 30 Personen im 2015) durchgeführt und zwischen wirklich „an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ wird alles aufgenommen.

Vorberatung von Geschäften zu Handen des Grossen Rates

Die Sicherheitskommission besteht aus 17 Mitgliedern, 7 SVP, 4 SP, 2 EVP und je einem Vertreter der Grünen, FDP, EDU und GLP. Hier einige Geschäfte, welche von unserer Kommission behandelt wurden:

Uniformierung für die gesamte Kantonspolizei. Die Uniformen unserer Polizistinnen und Polizisten werden auf Kosten des Kantons abgegeben und mussten erneuert werden. Finanzielle Unterstützung der FIS-Weltcuprennen in Adelboden und Wengen für den Einsatz des Zivilschutzes. Unterstützungsbeitrag für die Sanierung und Erweiterung des Sportzentrums Gstaad aus dem Sportfonds. Für die Unterbringung von UMAS (unbegleitete minderjährige Asylbewerber) wurden uns mehrere Kreditvorlagen vorgelegt. Für die SVP ist die Unterbringung von UMAS in separaten Unterkünften zu Kostenaufwendig (5'000 CHF pro UMA und Monat) und unser Vorschlag, die UMAS in den ordentlichen Asylunterkünften zu platzieren wie es auch in anderen Kantonen gemacht wird, fand bei den anderen Fraktionen kein Gehör. UMAS sind meistens zwischen 14 – 18 jährige Jugendliche, welche in der Schweiz ein Asylgesuch stellen.

Unbestritten war in der SiK wie auch im Parlament hingegen einen Kredit für die Sicherstellung der Bergrettung im Kanton Bern. Ebenfalls haben wir für die Um-

nutzung des Schlosses in Burgdorf einem Betrag aus dem Lotteriefonds zugestimmt. In der SiK haben zudem mehrere Gespräche über die Polizeiarbeit mit dem Polizeikommandanten Stefan Blättler stattgefunden. Angeregt und aufgefordert wurde Regierungsrat Käser von der SVP die Aufstockung der 30 Polizistinnen und Polizisten endlich zu vollziehen. Um die Sicherheit im Kanton Bern weiterhin sicherzustellen, leisten unsere Polizeikorps sehr viele Überstunden welche so nicht länger tragbar sind.

Besuch von UMA und Asylzentren

Im Mai besuchten wir mit der SiK zwei Asylunterkünfte, damit wir uns direkt vor Ort ein Bild über die Situation in den Zentren machen konnten. Das Durchgangszentrum Enggiststein bietet Platz für 140 Personen. Die Asylsuchenden erhalten dort finanzielle Unterstützung, Unterkunft, Ersteinrichtung, medizinische Versorgung und Sprachunterricht. Aus meiner Sicht lässt es sich einigermassen gut Leben als Flüchtling in der Schweiz. Im UMA- Zentrum in Bäregg hat es Platz für 50 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. UMAs werden von den Familien beauftragt, Richtung Europa zu Reisen um sich dort anzusiedeln, Geld in die Heimat zu senden und den Nachzug der anderen Familienmitglieder vorzubereiten. Das Thema wird uns noch lange beschäftigen - hat doch die gesamte Europa- und Bundespolitik leider in den letzten Jahren nur Anreize für Flüchtlinge geschaffen – und keine Abschreckungen.

MERCI für die Kommissionsarbeit

Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Sicherheitskommission Andreas Burren, Sabina Geissbühler, Etienne Klopfenstein, Werner Moser, Hans Rudolf Schweizer, Peter Studer und den Ersatzmitgliedern Andrea Gschwend und Walter Sutter für die angenehme Zusammenarbeit recht herzlich bedanken.

Thomas Knutti, Grossrat, Weissenburg

SVP Frauen Kanton Bern

Selbstverständlich bleibt das Jahr 2015 bei den SVP Frauen des Kantons Bern als Wahljahr bestens in Erinnerung:

Unsere beiden Nationalrätinnen Andrea Geissbühler und Nadja Pieren wurden glanzvoll wiedergewählt! Wir gratulieren den beiden Frauen ganz herzlich. Ebenso gratulieren wir Claudia Rindlisbacher und Franziska Steck zur Wahl als Regierungsstatthalterinnen im Emmental und Seeland.

Wir wünschen den gewählten Frauen in ihren Ämtern viel Befriedigung bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit.

Um unsere Nationalrats-Kandidatinnen auf den Listen 1 und 2 optimal unterstützen zu können, wurden wiederum alle SVP Frauen angeschrieben und angefragt, ob sie einen Beitrag zum Wahlkampf unserer Vertreterinnen beitragen könnten. Die vielen Reaktionen (nicht nur von Frauen) haben uns sehr gefreut! Es gingen finanzielle Spenden zu Gunsten der Kandidatinnen ein, es wurde angeboten Plakate aufzuhängen, Flyer zu verteilen, Adressen zu schreiben, es

wurden Einladungen ausgesprochen und und und... An dieser Stelle möchten wir allen ein grosses M E R C I aussprechen! Das ist Solidarität!

Um unsere Kandidatinnen den Wählerinnen und Wählern näher zu bringen wurde wiederum ein Newsletter verschickt, in denen sich unserer Nationalratskandidatinnen mit Texten und Fotos auf sympathische Art präsentierten.

Im letzten Jahr fanden zwei Netzwerkanlässe der SVP Frauen Kanton Bern statt: das bereits traditionelle Mittagessen von SVP Frauen mit Mandatsträgerinnen aus dem Grossen Rat sowie ein Mode-Apéro im Modehaus Dubach in Münsingen. Beide Anlässe boten die Möglichkeit, auf einfache Weise Kontakte zu knüpfen und andere Frauen kennenzulernen, und wurden rege benutzt.

Ich danke allen Vorstandsfrauen ganz herzlich für die engagierte Mitarbeit und wünsche meiner Nachfolgerin Petra Wyss viel Erfolg und Befriedigung als Präsidentin der SVP Frauen Kanton Bern.

Jolanda Brunner, Präsidentin, Vize-Gemeindepräsidentin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Die Junge SVP lanciert ihre zweite Volksinitiative!

Die politischen Standpunkte der Jungen SVP kommen bei den Bernerinnen und Bernern an. 2013 wurde ihre Einbürgerungsinitiative deutlich angenommen. Seither gelten im ganzen Kanton klare Vorgaben bei der Vergabe des Schweizer Passes. Dieses direktdemokratische Instrument will die Junge SVP weiterhin einsetzen. Sie hat deshalb ihre zweite Volksinitiative lanciert: «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle!». Damit soll endlich Druck auf die Reithalle und auf die Stadt Bern gemacht werden, welche bis heute nichts gegen den rechtsfreien Raum unternehmen. Unsere Initiative hat die benötigten 15'000 Unterschriften bald beisammen. Damit kann sich erstmals die Bevölkerung des gesamten Kantons Bern zur Reithalle äussern.

Äusserst positiv verliefen die Nationalratswahlen. Die Junge SVP trat mit einer eigenen Liste an, auf der unter anderem auch drei junge Stadträte kandidierten. Mit einem Wähleranteil von 1.8 % wurde die Junge SVP erneut die mit Abstand wählerstärkste Jungpartei im Kanton Bern und half damit tatkräftig mit, dass die SVP künftig mit neun Personen im Nationalrat vertreten ist. Besonders erfreulich ist die Wahl von JSVP-Präsident Erich Hess. Mit ihm hat auch die junge Generation im Bundeshaus eine starke Stimme.

Der Einsatz der Jungen SVP wird aber auch auf kommunaler Ebene belohnt. Zu erwähnen ist das Engagement der Bieler JSVP-Stadträtin Sandra Schneider gegen die Bieler Parkierungsverordnung. Die neue Verordnung sah massive Gebührenerhöhungen vor. Sandra Schneider zog im Namen der Jungen SVP dagegen bis vor das kantonale Verwaltungsgericht, wo sie in wesentlichen Tei-

len Recht erhielt. Dadurch konnte verhindert werden, dass die Autofahrer widerrechtlich zu viele Parkgebühren bezahlen müssen.

Die Junge SVP sammelte im vergangenen Jahr unzählige Unterschriften für diverse Initiativen und Referenden. Die NoBillag-Initiative konnte erfolgreich eingereicht werden, genauso wie das Referendum gegen Gratisanwälte für Asylbewerber. Nicht zu kurz kamen aber auch die gesellschaftlichen Anlässe. Das traditionelle Fondue-Chinoise-Essen wie auch das Grillfest und das Burezmorge waren sehr beliebte Veranstaltungen und zogen erneut viele Leute an. Am Parlamentarierclub durften wir mit Heinrich Villiger den Doyen der Schweizer Zigarrenbranche begrüßen. Der Unternehmer, welcher seine Firma seit mehreren Jahrzehnten führt, zeigte anhand konkreter Beispiele auf, weshalb die Junge SVP auch weiterhin kämpfen muss. Der Staat wird immer grösser und greift immer tiefer in die Taschen der Bürger. Dagegen setzt sich die Junge SVP zur Wehr. Sie kämpft für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren, will den Staat auf das Minimum beschränken und die Bürokratie abbauen. Dazu gehört auch, dass die Schweiz unabhängig bleibt – einen schleichenden EU-Beitritt müssen wir unbedingt verhindern!

Der Jungen SVP geht die Arbeit nicht aus. Mit unserem Einsatz beweisen wir, dass wir an die Schweiz und an den Kanton Bern glauben. Dazu müssen wir weiterhin standhaft unsere Überzeugungen vertreten, wenn nötig auch allein. Das vergangene Vereinsjahr hat gezeigt, dass Beharrlichkeit und Ausdauer der Grundstein für unseren Erfolg sind. Auf unseren Lorbeeren wollen wir nicht ausruhen, sondern weiterhin für unsere Schweiz vollen Einsatz zeigen. Wer Zukunft will, muss Zukunft wählen – klar, die Junge SVP!

Erich J. Hess, Nationalrat, Stadtrat, Bern

SVP Senioren Kanton Bern

Die Zahl der Mitglieder und der eingeschriebenen Sympathisanten beträgt wie im Vorjahr zirka 300 Personen.

Die üblichen Abhänge der Mitglieder infolge Tod und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden.

Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 28. April 2015 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Von den Sympathisanten wird ein gleich hoher freiwilliger Betrag erwartet.

Im Rahmen der gut besuchten Hauptversammlung wurde das Thema der Beziehungen der Schweiz zur EU behandelt. NR Albert Rösti orientierte über den

Plan des Bundesrates mit der EU einen Unterwerfungsvertrag abzuschliessen, was mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen ist. Wir wollen weder durch den Haupteingang noch durch die Hintertüre in die EU.

Wegen der zahlreichen Wahlveranstaltungen im eidgenössischen Wahljahr wurde auf die Durchführung des traditionellen Herbstanlasses verzichtet.

Mit sehr hoher Beteiligung besuchten wir am 16. Dezember 2015 das Bundeshaus. Unter Leitung unseres NR Erich von Siebenthal konnten wir unter kundiger Führung das Bundeshaus besichtigen, auf der Tribüne den Verhandlungen des Nationalrats zu Seniorenthemen folgen und mit unseren neuen bernischen Nationalräten über aktuelle politische Fragen diskutieren.

Wir freuen uns über den Erfolg der SVP im Kanton Bern und in der Schweiz bei den eidgenössischen Wahlen und über unsere zwei Bundesratssitze. Wir hoffen, dass unsere Vertreter die Gelegenheit nutzen, aus einer Position der Stärke mit klugen Allianzen bürgerliche Anliegen umzusetzen und die Unabhängigkeit unseres Landes zu wahren.

14 Nationalratskandidaten haben von unserem Angebot zur Wahlunterstützung auf unserer Homepage Gebrauch gemacht. Zwei von Ihnen wurden gewählt.

In den Sitzungen des Vorstandes und der Konferenz der SVP Senioren Schweiz haben wir aktuelle Seniorenthemen bearbeitet.

Die Besuche auf unserer Homepage unter ww.svpbern.ch haben sich erfreulicherweise weiter entwickelt. Die Homepage wird auch für künftige Wahlen gute Dienste leisten.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Jura bernois

Chères et chers membres de l'UDC Jura bernois,
Mesdames et Messieurs,

L'UDC Jura bernois a connu une année fructueuse, ceci grâce à une campagne pour les élections nationales très sereine et surtout pleine de respect entre les candidats UDC.

46 candidats UDC, hommes, femmes, jeunes et moins jeunes, ont menés campagne en équipe. Avec deux candidats de taille, Anne-Caroline Graber et Manfred Bühler, le Jura bernois a fait bonne figure, qui plus est avec trois jeunes en

liste, Shanna Coelho, Tina Schluep et Mael Schnegg qui se sont dignement défendus en accomplissant un super travail.

En donnant la possibilité aux candidats du Jura bernois de figurer en tête de liste, l'UDC bernoise avait envoyé un signal clair: la sauvegarde du bilinguisme au niveau cantonal; une fierté et une richesse. Merci!

Je tiens à remercier chaleureusement Jean-Pierre Graber qui a tenu haut les couleurs du Jura bernois. Son travail a aussi permis la reconquête du siège au Conseil national dans les meilleures conditions.

La campagne pour le Conseil national s'est terminée le 18 octobre 2015 avec l'élection de Manfred Bühler en 8ème position (93'360 voix). Anne-Caroline Graber a fait un brillant résultat pour une première candidature avec 85'792 voix. Du côté de la liste des jeunes, Shanna Coelho se positionne deuxième (6582), Tina Schluep cinquième (5978) et Mael Schnegg huitième (5795), le tout sur 21 candidat(e)s jeunes. Preuve que le Jura bernois compte dans le canton de Berne.

L'UDC Jura bernois se réjouit de l'élection de Manfred Bühler et remercie vivement les autres candidat(e)s et les diverses sections qui se sont engagées loyalement ainsi que les membres qui ont œuvrées pour ces élections. Un merci particulier à notre nouveau député, le responsable de la campagne Roland Benoit, qui l'a maîtrisée de main de maître.

Une fois les élections fédérales derrières nous, une autre campagne commence... L'élection complémentaire au Conseil-Exécutif. Pas le temps de se reposer, le combat continue.

Ici ce sont deux excellents candidats qui sont proposés par l'UDC du canton de Berne: Lars Guggisberg et Pierre-Alain Schnegg. Les affiches ressortent des placards et la campagne s'organise en fin d'année.

Merci à chaque élu UDC pour son travail, que ce soit au niveau fédéral, cantonal, communal, du parti ou autour d'une table; c'est grâce à ce travail que l'UDC est un parti respecté et suivi par le peuple.

Patrick Tobler, président, Montagne de Moutier

Biel-Seeland

Der Franken-Schock, das Bangen um Griechenland, die Flüchtlingskrise, Terror im Nahen Osten und in Europa: Es gab 2015 viele Ereignisse, die uns bewegt haben.

Aber was geschah in unserer näheren Umgebung, oder besser noch bei der SVP Biel-Seeland?

Unsere Grossrätin Béatrice Struchen beendete ein sehr erfolgreiches Grossratspräsidentinnen-Jahr. In unserem Wahlkreis wurden wieder diverse interessante Anlässe wie der Surchabisabe, Teilnahme an der Lyssspo und Bieler Messe, Treberwurstessen Tschugg, Waldhüttenanlass Schüpfen, Schützenhaus in Aarberg, Wahlanlass in Aegerten, Bellmund, Treiten, Jolimont und der kantonale Wahlanlass in Biel mit sehr grossem Erfolg durchgeführt. Besten Dank allen Helferinnen und Helfern und Initianten. Unserem Wunsch für zwei Listen bei den Nationalratswahlen wurde leider nicht entsprochen und das Seeland ging einmal mehr leer aus, obschon wir beim Wähleranteil erneut zulegen konnten. Als grösster Wahlkreis müssen wir das ändern, wir werden in Zukunft am Drücker bleiben. Den Regierungsstatthaltersitz konnten wir mit Franziska Steck erfolgreich verteidigen, ich wünsche Franziska viel Erfolg in diesem Amt.

Ein grosser Dank geht an unseren Plakatierer, alt NR Heinz Schwab, welcher mit seiner super Organisation zu einer sehr guten Plakatierung im ganzen Kanton, vor allem aber auch im Seeland beitrug. Ein grosses Merci den abtretenden Vorstandsmitgliedern Rudolf Graf und Luis Jucker und den neuen Vorstandsmitgliedern Leander Gabathuler, Bernhard Hofer und Peter Stalder ein herzliches Willkommen! An der kantonalen DV vom April wurden die Sektionen Jolimont, Bellmund, Lengnau und Studen für den 3. Platz für ihren Zuwachs an Neumitgliedern und die Sektion Grosses Moos 2. Platz sowie die Sektion Aegerten 1. Platz mit plus 140% erkoren, eine super Seeländerleistung! Für mich als Nationalratskandidat war dies ein sehr intensives Jahr. Ich erlebte es als sehr lehrreich, interessant und lernte bei all den Anlässen viele gute Leute kennen. Ein Dank allen, welche mich und die SVP Kanton Bern in irgendeiner Weise unterstützt haben!

Besten Dank meinen Vorstandsmitgliedern für den super Einsatz und die guten Ideen, sowie den Sektionen für ihre diversen gelungenen Anlässe und ihre attraktive Arbeit, sowie allen, die der SVP wohlgesinnt sind und mithelfen, zu unserem schönen Land Sorge zu tragen.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Emmental

Im Jahr 2015 hat unser Mitglied Bruno Rosser den Burgdorfer Stadtrat präsidiert. In Lützelflüh und Rüegsau konnte die SVP je einen Gemeinderatssitz hinzugewinnen. In Heimiswil hat die SVP sogar die absolute Mehrheit im Gemeinderat. In Bätterkinden konnte die SVP ihre drei Sitze im Gemeinderat halten.

Bei den Nationalratswahlen ist die SVP Emmental mit den bisherigen Nationalratsmitgliedern Andreas Aebi und Nadja Pieren sowie mit dem Grossrat Alfred Bärtschi angetreten. Sie konnte ihre bisherigen Sitze verteidigen.

Zur Umfahrung Emmental hat im Jahr 2015 eine Mitwirkung stattgefunden, bei welcher die SVP Emmental teilgenommen hat. Ebenfalls haben sich verschiedene Sektionen beteiligt und ihre Meinung kundgetan. Die SVP ist der Ansicht, dass nur die „richtige“ Umfahrung etwas bringt. Die Variante „null plus“ kostet hingegen auch 144 Mio Franken, bringt aber aus Sicht der SVP Emmental nichts.

Infolge Pensionierung des Regierungstatthalters Markus Grossenbacher hat die SVP Emmental Frau Claudia Rindlisbacher aus Sumiswald für die Nachfolge nominiert. Claudia Rindlisbacher war bereits Stellvertreterin des Regierungstatthalters. Weil sich aus anderen Parteien keine Kandidaten gemeldet haben, wurde Claudia Rindlisbacher in stiller Wahl gewählt.

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf

Oberaargau

Die SVP Oberaargau beschäftigte sich im Jahr 2015 vor allem mit den nationalen Wahlen, welche im Herbst 2015 stattfanden. Im Weiteren waren auch die Eidg. Volksabstimmungen wichtige Themen.

National- und Ständeratswahlen 2015

Die SVP Oberaargau trat mit einem Kandidaten in der Person von Grossrat und Unternehmer Christian Hadorn zu den Nationalratswahlen 2015 an. Ziel war es, einen der 25 Nationalratssitze, welcher der Kanton Bern zugute hat, in den Oberaargau zu holen. Dieses Ziel wurde leider verpasst, Christian Hadorn erzielte aber mit 87'302 Stimmen und dem 3. Ersatzplatz auf der SVP-Liste trotzdem ein achtbares Ergebnis. Der SVP-Wähleranteil im Wahlkreis Oberaargau ist im Vergleich zu 2011 erfreulicherweise von 34.3% auf 39.7% gestiegen. Die Stimmbeteiligung im Wahlkreis Oberaargau war bei 45.1%.

Die SVP Kanton Bern erzielte ein tolles Ergebnis und hält im Nationalrat neu 9 Mandate. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2011 ein Sitzgewinn, wobei sogar noch zu beachten ist, dass der Kanton Bern im 2015 nur noch 25 anstatt 26 Sitze im Nationalrat zur Verfügung hat.

Bei den Ständerratswahlen forderte die SVP Kanton Bern mit Albert Rösti die beiden bisherigen Ständeräte Werner Luginbühl (BDP) und Hans Stöckli (SP) heraus. Albert Rösti erzielte im 1. Wahlgang ein gutes Resultat, konnte aber die beiden bisherigen nicht überflügeln. Der Kandidat sowie die Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern entschieden sich dann für einen Rückzug und traten nicht mehr zum 2. Wahlgang an.

Eidg. Abstimmungen 2015

Im 2015 konnte das Stimmvolk über 6 Eidg. Abstimmungsvorlagen beschliessen, wobei das Abstimmungsresultat 4x mit der Parole der SVP Oberaargau

übereinstimmte. Von den sechs Vorlagen hat das Stimmvolk vier Vorlagen abgelehnt. Das knappste Ergebnis war bei der Vorlage «Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)», welche mit 50.1% Stimmen leider angenommen wurde.

Kant. Abstimmungen 2015

Im Abstimmungsjahr 2015 fanden keine Kantonalen Volksabstimmungen statt.

Delegierten- und Hauptversammlung der SVP Oberaargau

Die Delegierten der SVP Oberaargau trafen sich im Jahr 2015 zu zwei Delegierten- und einer Hauptversammlung. Schwerpunkte der Versammlungen waren die oben erwähnten Ereignisse. Die SVP Oberaargau kann immer wieder namhafte Referentinnen und Referenten anlässlich dieser Versammlungen begrüßen und dankt allen für ihr Engagement.

Weitere Veranstaltungen der SVP Oberaargau

Im Juni 2015 waren die Sektions-Präsidenten/innen zur 8. Präsidentenkonferenz eingeladen. Anlässlich dieser Konferenz in Grasswil informierte Marc Häusler, Regierungstatthalter Oberaargau, über seine Tätigkeit als Regierungstatthalter.

Im September 2015 lud die SVP Oberaargau zur speziellen Sportler-Arena nach Lotzwil ein. Auf dem Podium diskutierte der Moderator, Christian Hadorn, mit den Sportlerinnen Sonia Kälin (Schwingerkönigin) und Fabienne Füglistler (Sportschützin Nationalkader) sowie den Sportlern Simon Röthlisberger (Kranzschwinger) und Stefan Studer (Schweizermeister Hornussen und kant. Kranzschwinger).

Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2016 insgesamt 46 Gemeinden. Es bestanden 27 SVP-Sektionen, welche in 32 Gemeinden aktiv waren. Im Weiteren zählt die SVP Oberaargau 32 Direktmitglieder.

In 5 Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident SVP Oberaargau

Daniel Amacher, Sekretär SVP Oberaargau

Bern-Mittelland

2015 kam es im Vorstand der SVP Bern-Mittelland zu keinen personellen Wechseln. Im Berichtsjahr fanden drei Vorstandssitzungen statt. Zu diskutieren gaben nebst den unten erwähnten Geschäften der RKBM und den regional relevanten Geschäften im Grossen Rat insbesondere die nationalen Wahlen vom 18. Oktober. Die ordentliche Delegiertenversammlung fand Anfang April statt.

Die im letzten Jahr neu ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Regionalkonferenz Bern-Mittelland hat im vergangenen Jahr dreimal getagt – jeweils rund einen Monat vor den Regionalversammlungen im März, Juni und Dezember. Die Gruppe besteht aus den regionalen Sektorenvertretern Ruedi Anken, Daniel Bichsel, Peter Bill, Daniel Hodel, René Maire, Walter Schilt, Hanspeter Salvisberg, Kurt Wenger und Moritz Müller und wird durch meine Wenigkeit geleitet. Nach den Treffen wurden die an der Regionalversammlung beteiligten SVP-Gemeindevertreter mit Informationen bedient. Die Bemühungen der Arbeitsgruppe sind auf positive Reaktionen gestossen und haben sich bewährt. Sie werden in gleicher Form weitergeführt. Für 2016 sind bereits weitere Treffen vereinbart, das nächste findet Ende Mai statt.

Im vergangenen Jahr reichte die SVP Bern-Mittelland bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland drei Vernehmlassungen ein: zum Regionalen Richtplan Abbau, Deponie und Transport ADT, zum Regionalen Richtplan Windenergie und zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK. Alle drei Vorlagen können für betroffene Gemeinden erhebliche Auswirkungen haben, da aufgrund der Behördenverbindlichkeit der Regionalplanungen die Planungsautonomie der Gemeinden unter Umständen beschnitten und die Raumplanungskompetenz somit faktisch auf die Ebene der Regionalkonferenz gehoben wird.

Zum Schluss meines Rückblicks auf das vergangene Jahr ist es mir ein grosses Anliegen, meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen und allen weiteren Parteikameraden zu danken, die sich im vergangenen Jahr in den Dienst der SVP Bern-Mittelland gestellt haben. Besonderer Dank gebührt allen aktiven Parteivertreterinnen und -vertretern und Vorstandsmitgliedern auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene für ihren wertvollen und unermüdlichen Einsatz für eine gute Sache.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Thun

Das Jahr 2015 stand für die SVP Wahlkreisverband Thun ganz im Zeichen der nationalen Wahlen vom 18. Oktober. Aus unseren Reihen traten die Nationalräte Adrian Amstutz (Sigriswil) und Albert Rösti (Uetendorf), die Grossräte Samuel Graber (Horrenbach-Buchen), Jürg Iseli (Zwieselberg) und Raphael Lanz (Thun) sowie auf der JSVP-Liste Stadtrat Lukas Lanzrein (Thun) zu den Nationalratswahlen an. Albert Rösti forderte als Ständeratskandidat zwei bisherige und wieder antretende Ständeräte heraus.

Das Resultat der Nationalratswahlen kann in verschiedener Hinsicht als historisch bezeichnet werden. Der SVP-Wähleranteil von 39 % in unserem Wahlkreis entspricht einem Zuwachs von 6 % gegenüber den letzten Wahlen und ist der höchste seit mindestens 76 Jahren. Trotz bereits vorher jahrzehntelanger breiter Verankerung der SVP in unserem Wahlkreis und trotz Abspaltung und Grün-

dung einer neuen Partei vor sieben Jahren erreichten wir 2015 ein Resultat wie es zwischen 1943 und 2011 nie erzielt wurde. Herausragend war bei den Wahlen 2015 einmal mehr die Gemeinde Horrenbach-Buchen mit einem SVP-Wähleranteil von 84.5 %. So trug unser Wahlkreis nicht unwesentlich zum Gewinn eines neunten Nationalratssitzen für unsere Kantonalpartei bei.

Ebenso historisch sind die Stimmzahlen unserer beiden gewählten Nationalräte. Adrian Amstutz erreichte die höchste Stimmzahl, die ein Berner Nationalrat jemals für sich gewinnen konnte. Albert Röstli erzielte das drittbeste Resultat in der Geschichte des Kantons Bern seit 1848. In den Ständeratswahlen kam er auf 136'055 Stimmen, womit es ihm leider nicht gelang, die bisherigen Amtsträger zu verdrängen. Aus seinem Wahlkampf bleiben die Anlässe „Röstli mit Röstli“ in bester Erinnerung, die im ganzen Kanton stattfanden, beginnend am 12. Mai in der Alten Reithalle Thun.

Der Vorstand versammelte sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen. Ebenso wurden vier Delegiertenversammlungen durchgeführt. An der Hauptversammlung vom 20. Januar wurde Beatrice Frey (Oberhofen) als abtretende Präsidentin verabschiedet. Auch an dieser Stelle sei ihr nochmals für ihr langjähriges Engagement gedankt. An ihrer Stelle wurde der 1. Vizepräsident Yves Bichsel (Uetendorf) zum neuen Präsidenten gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten rückte Grossrat Samuel Krähenbühl (Unterlangenegg) auf. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der Thuner Gemeinderat Roman Gimmel gewählt. Das Amt der Kassierin ging von Grossrätin Madeleine Amstutz (Schwanden) auf Melanie Kropf (Steffisburg) über. Weiter wurden für die abtretenden Beat Knapp (Hünibach) und Hansruedi Scheuner (Oberlangenegg) neu Ursula Berger (Unterlangenegg) und Christian Josi (Hilterfingen) in den Vorstand gewählt.

Am 21. September wurde Grossrat und Finanzkommissionspräsident Jürg Iseli vom Vorstand als möglicher Kandidat für die Regierungsratsersatzwahlen vom Februar 2016 der Kantonalpartei gemeldet. Er zog seine Kandidatur einige Wochen später zurück.

Yves Bichsel, Stabschef VBS, Uetendorf

Oberland

„Wenn du heute aufgibst, wirst du nie wissen, ob du es Morgen geschafft hättest“. (Damaris Wieser)

In unserem Wahlkreisverband standen die National und Ständeratswahlen ganz klar im Vordergrund. Unter dem Motto „frei bleiben“ wurde der Wahlkampf der SVP Schweiz lanciert und die Kantone waren gefordert, mit guten Kandidaten/Innen zum Erfolg der Partei möglichst viel zu unternehmen, damit wir auch in Zukunft in unserer Schweiz „frei bleiben“ können.

Anfangs Januar haben wir unsere Kandidaten für die Nationalratsliste Erich von Siebenthal, Walter Brog und Thomas Knutti nominiert. Die SVP hat einen engagierten Wahlkampf geführt und bereits im Frühjahr wurde mit den „Rösti mit Rösti“-Anlässen unseres Ständeratskandidaten Albert Rösti viel Werbung für unsere Partei gemacht. Am Polit-Treff in Därstetten stand im März die Landwirtschaft im Fokus. Nebst den kurzen Statements der Nationalratskandidaten/innen, fand eine spannende Diskussion mit Ständeratskandidat Rösti und dem schweizerischen Bauernverbandspräsidenten Markus Ritter statt.

In den Sommermonaten wurde der zuerst stark kritisierte Piaggio mehrmals bei Veranstaltungen als Werbeträger genutzt. Im September organisierten wir auf dem Dorfplatz in Reichenbach eine erfolgreiche Landsgemeinde bei welcher mit der Verabschiedung einer Resolution sämtliche Kandidaten aufgefordert wurden, sich gegen weitere Zentralisierungen auszusprechen.

Eindrücklich und aus meiner Sicht einer der am besten besuchten Anlässe im ganzen Kanton Bern, war der Polit-Abend in St. Stephan. Mit Toni Brunner, Adrian Amstutz, Albert Rösti, Werner Salzmann, Kilian Wyssen und den vielen NR Kandidaten/Innen fanden interessante Referate statt, welche mit der abschliessenden Elefantenrunde unserer Politgrössen ihren Abschluss fanden. Auch in Meiringen, Habkern und in Saanen organisierten unsere Sektionen interessante und gut besuchte Anlässe.. Mit Ständen wurde an sämtlichen Herbstmärkten in unserer Region beste Werbung für unsere Partei gemacht. So auch am Wimmismärit, an welchem wir die Bevölkerung bis zum 18. Oktober 2015 über unsere Politik-Anliegen informierten.

Am Wahltag haben die Oberländerinnen und Oberländer ein klares Zeichen gesetzt, denn in praktisch allen Gemeinden stieg der Wähleranteil der SVP deutlich an. In den Gemeinden Habkern mit 74,7 %, in Därstetten mit 72,0 % und in Boltigen mit 71,0 % wurden die höchsten Wähleranteile erzielt. Unser bisheriger NR Erich von Siebenthal wurde mit einem weiteren Spitzenresultat von 111'393 Stimmen wiedergewählt. Aber auch Walter Brog mit 84'000 und Thomas Knutti mit 86'000 haben sehr gute Resultate erzielt. Unsere Wahlleiterin Anne Speiser hat zum guten Gelingen sehr viel beigetragen. Besten Dank für das Gemeinschaftswerk „Wahlen 2015“! Wichtiger als die Mandatsträger sind unsere Akteure, welche immer wieder Anlässe organisieren und sehr harte Knochenarbeit für die Partei leisten – vielen Dank!

Delegiertenversammlung vom 26. März 2015

In Meiringen fand im März unsere Delegiertenversammlung im Restaurant Sherlocks Holmes statt. Unsere Finanzen sind dank den vielen Spenden unserer Mitglieder sehr gesund. Besten Dank an dieser Stelle für die wertvolle Unterstützung. Für eine weitere Amtsperiode wurde Thomas Dummermuth als Sekretär und Manuel Otter als Revisor wiedergewählt. Ebenfalls haben die Delegierten einstimmig eine Resolution zu Händen des Regierungsrates verabschiedet. Wir verlangen vom Regierungsrat entsprechende Massnahmen zur Förderung

und zum Schutz der Region Oberland einzuleiten. Die Resolution wurde sogar im Regierungsrat verabschiedet.

Die Kreisverbände und Sektionen als wichtiges Element

Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei kommunalen Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig um das Netzwerk optimal auszunutzen. Die Arbeit in den Sektionen und das Werben von neuen Mitgliedern sind das Wichtigste für unsere Partei. Die Mitgliederbestände müssen in unserer Region unbedingt erhöht werden. Das Gewinnen von jungen, interessierten SVP-Mitgliedern darf nicht vernachlässigt werden.

SVP ist in den Gemeinden erfolgreich

Auf kommunaler Ebene ist die SVP im Oberland in vielen Exekutivämtern vertreten. Dank dieser Vernetzung können wichtige Anliegen kantonal und über die Bundespolitik gemeinsam beeinflusst werden. In Saanen hat die SVP nach 23 Jahren mit Albert Bach das Gemeindepräsidium wieder zurück erobert und in Adelboden heisst der neue Gemeinderatspräsident Markus Gempeler. Einen deutlichen Rechtsrutsch hat es auch in der Gemeinde Erlenbach gegeben. Das Gemeinde- und Gemeindevizepräsidium werden neu von Andreas Brügger und Markus Messerli besetzt. Im Gemeinderat konnte Thomas Klossner ebenfalls einen Sitz einnehmen. In St. Stephan wurde Albin Buchs für eine weitere Amtsdauer bestätigt.

Herzliches Dankeschön

Ich bedanke mich bei Nationalrat Erich von Siebenthal für seinen Einsatz in Bundesbern und das Organisieren der Anlässe «d'SVP bide Lüt» in den Verwaltungskreisen des Oberlands; bei den Grossräten und unserer Grossrätin für die Arbeit im kantonalen Parlament; unseren Gemeinderäten für die Arbeit in den Gemeinden. Bei der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit und den Kreisverbänden für ihren Einsatz. Ein Grosses MERCI geht an die «Einpäcktruppe», welche sich immer wieder zur Verfügung stellt um Versände an unsere Mitglieder vorzubereiten. Ich hoffe, wir können auch in diesem Jahr gemeinsam viele gemütliche, politische Stunden verbringen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit im Wahlkreisverband Oberland recht herzlich.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht

Bei den ordentlichen Oberrichtern gab es im vergangenen Jahr keinen Wechsel. Die SVP ist hier gemäss Parteienproporz noch immer mit 1,4 Stellen unterver-

treten. Bei den Suppleanten wurde neu gewählt Roger Zuber (SVP), sodass die diesbezügliche Untervertretung noch eine Stelle beträgt. Nächstes Jahr stehen verschiedene Wahlen an, sodass hier Aufholpotential vorhanden ist. Die Richterzahl und ihre Stellenprozente sind gegenüber dem Vorjahr unverändert; vier Richter/-innen arbeiten teilzeitlich.

Im Berichtsjahr verzeichnete die Zivilabteilung die höchsten Eingänge seit der Justizreform, konnte aber auch die meisten Fälle erledigen. Vor allem im Kinder- und Erwachsenenschutzbereich (KESG) ist eine erhebliche Zunahme der Fälle festzustellen; dies könnte auch Ausdruck einer Skepsis gegenüber der Arbeit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sein. In zahlreichen Fällen musste aus Sicherheitsgründen die Polizei zu mündlichen Verhandlungen aufgeboten werden und die Zahl der Verfahren, in denen unentgeltliche Rechtspflege verlangt wird, nimmt stetig zu.

Die Arbeitslast der Aufsichtsbehörden in SchKG-Sachen verharrt auf hohem Niveau. Zunehmend ergeben sich Probleme bei der Zustellung von Betreibungsurkunden, was mit entsprechendem Aufwand und Verzögerungen verbunden ist; Schuldnern, die sich Zustellungen entziehen wollen, ist vielfach nur schwer beizukommen.

Die Leistungen des Handelsgerichts sind nach wie vor sehr gefragt. Dank dem Einsatz und Fachwissen der Handelsrichter/-innen kann in den mündlichen Verhandlungen ein hoher Prozentsatz an Vergleichen erzielt werden.

Im Strafbereich sind fast gleichviel Verfahren eingegangen wie im Vorjahr (810, Vorjahr 852); nach wie vor wird der grösste Teil im mündlichen Verfahren erledigt, um endlose Schriftenwechsel zu vermeiden. Auffallend ist etwa bei den Sexualdelikten, dass sie vermehrt im Zusammenhang mit Chatkontakten stehen. Weniger dominant zahlenmässig waren letztes Jahr die SVG-Delikte, diese werden überwiegend im Strafbefehlsverfahren erledigt, die Strafen werden offenbar zumeist akzeptiert.

Aus meiner Sicht geniesst bei der Geschäftsleitung der Bereich Verwaltung/Dienste zu Lasten der „Front“, dem Kerngeschäft der Justiz, zu starkes Gewicht, das Gerichtswesen wird personalintensiv voll durchverwaltet. Demgegenüber garantierten zusätzliche Gerichtsschreiber eine raschere Erledigung der Geschäfte, was den Bürger/-innen eindeutig mehr bringt. In diesem Bereich hat das Plenum die Aufsicht gegenüber der Geschäftsleitung vermehrt wahrzunehmen. Ebenso ist dem Trend, externe Gutachten in Auftrag zu geben, skeptisch entgegenzutreten.

Georges Greiner, Oberrichter, Thun

Verwaltungsgericht

Im Lauf des Geschäftsjahrs sind beim Verwaltungsgericht 1'522 (Vorjahr: 1'607) neue Fälle eingegangen, 1'518 (1'654) Fälle wurden erledigt und 887 (884) wurden auf das Folgejahr übertragen. Diese Zahlen beinhalten weder Gesuche noch Verfügungen noch Entscheide zu prozessleitenden Fragen (z.B. vorsorgliche Massnahmen und unentgeltliche Rechtspflege); diese Verfahren werden nicht separat gezählt.

Im Verwaltungsrecht ist die Zahl der Neueingänge gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäss wieder angestiegen. Insbesondere im Ausländerrecht, das im Jahr 2014 einen – wohl weitgehend zufallsbedingten – Rückgang der deutschsprachigen Eingänge zu verzeichnen hatte, haben die Eingänge wieder deutlich zugenommen. Bei den Beschwerden in französischer Sprache ist demgegenüber eine Abnahme zu verzeichnen.

Im Sozialversicherungsrecht (einschliesslich individuelle Sozialhilfe) hat die Zahl der neu eingegangenen Fälle gesamthaft um 6,8 Prozent abgenommen (Vorjahr: Zunahme von 7,8 %), wobei sich das Bild in den verschiedenen Bereichen höchst unterschiedlich präsentiert.

Neben der Rechtsprechung als Kerngeschäft obliegen dem Verwaltungsgericht die Vorbereitung seines Budgets sowie die Rechnungsführung und der Rechnungsabschluss. Es ist sodann verantwortlich für die Administration der gesamten Produktgruppe Verwaltungsgerichtsbarkeit. Dazu kommt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission. Zudem war das Verwaltungsgericht auch im Berichtsjahr mit zahlreichen Vernehmlassungen und der Mitwirkung in Fachgremien an der sog. begleitenden Rechtsetzung des Kantons beteiligt. Schliesslich wurde das Verwaltungsgericht stark durch die Justizleitung beansprucht, zumal der Präsident wiederum gleichzeitig als deren Vorsitzender geamtet hat.

Noch ein paar – allerdings erst vorläufige – Angaben zu den Finanzen: Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit steht einem Aufwand von insgesamt Fr. 15'594'292 ein Ertrag von Fr. 1'538'027 gegenüber. Der Aufwand fällt damit um Fr. 416'128 tiefer, der Ertrag um Fr. 215'427 höher aus als veranschlagt. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit schliesst damit gegenüber dem Voranschlag mit einem positiven Saldo von 4,3 Prozent ab. Innerhalb der Verwaltungsgerichtsbarkeit macht das Budget des Verwaltungsgerichts rund 80 %, dasjenige der Steuerrekurskommission 15 %, das der RKMf rund 3 % und das der beiden übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden je 1 % aus.

Die Leiturteile des Verwaltungsgerichts werden in der Zeitschrift «Bernische Verwaltungsrechtsprechung» (BVR) abgedruckt. Seit April 2015 werden die Ur-

teile des Verwaltungsgerichts auch im Internet publiziert. Auf der Website sind inzwischen über 2'150 Urteile einsehbar.

Dr. Thomas Müller, Verwaltungsrichter, Riggisberg

Generalstaatsanwaltschaft

Für das Berichtsjahr kann ich besonders positiv hervorheben, dass der Grosse Rat die von der Staatsanwaltschaft beantragten 15,3 Stellen bewilligt hat. Damit hat er auf den Bericht der Evaluation der personellen Dotation in der bernischen Justiz reagiert und der Staatsanwaltschaft zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt. Das zusätzliche Personal wird einerseits zur Bearbeitung von Rückständen im Strafbefehls- wie auch im Untersuchungsbereich eingesetzt. Andererseits bestehen damit auch gute Chancen, dass die nach wie vor beängstigend hohen Überzeitsaldi abgebaut werden können.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft kann bezüglich der Geschäftslast von einer stabilen Entwicklung auf hohem Niveau gesprochen werden. Eine markante Veränderung ist aber bei den Anklagevertretungen durch die Generalstaatsanwaltschaft festzustellen. In diesem Bereich hat sich der Aufwand verdreifacht.

Bei den regionalen und kantonalen Staatsanwaltschaften hat sich der Eingang der Anzeigen auf dem Vorjahresniveau von ca. 116'000 gehalten. Dazu kommen noch rund 36'500 Anzeigen gegen unbekannte Täterschaft, die bei der Polizei abgelegt werden. Auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr bewegte sich die Zahl der erledigten Strafbefehle mit knapp 90'000. Deutlich zugenommen haben andererseits die eröffneten Untersuchungen und zwar im Vergleich zum Vorjahr um 15,5%. Eine Untersuchung ist immer dann zu eröffnen, wenn sich aus Informationen der Polizei, aus einer Strafanzeige oder aus ihren eigenen Feststellungen ein hinreichender Tatverdacht ergibt und nicht gleich ein Strafbefehl ausgesellt werden kann.

Bei den überjährigen Verfahren musste wegen des starken Anstiegs der Geschäftslast im Untersuchungsbereich eine leichte Zunahme verzeichnet werden. In diesem Bereich kann noch eine Verbesserung erreicht werden. Eine Strafe macht dann am meisten Sinn, wenn sie möglichst rasch der Begehung der Straftat folgt.

Positives gilt es wiederum bezüglich des Rechnungsabschlusses zu verzeichnen. Die Staatsanwaltschaft hat gegenüber dem Budget um rund CHF 13 Mio besser abgeschnitten. Dieses gute Ergebnis konnte einerseits dank dem Rückgang der Ausgaben und andererseits auch wegen einem deutlich höheren Ertrag erzielt werden.

Rolf Grädel, Generalstaatsanwalt, Bern

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

| | |
|-----------------------------------|--|
| <i>Präsident:</i> | Werner Salzmann, Mülchi |
| <i>Vizepräsidenten:</i> | Manfred Bühler, Cortébert Christoph Peter, Bärau Käthi Wälchli, Obersteckholz |
| <i>Geschäftsführerin:</i> | Aliki M. Panayides, Ostermundigen |
| <i>Finanzverantwortlicher:</i> | Jean-Michel With, Belp |
| <i>Fraktionspräsident:</i> | Peter Brand, Münchenbuchsee |
| <i>Präsidentin SVP Frauen:</i> | Jolanda Brunner, Spiez |
| <i>Weitere Mitglieder der GL:</i> | Gerhard Fischer, Meiringen Rudolf Friedli, Bern Raphael Lanz, Thun Lukas Lanzrein, Thun Moritz Müller, Bowil Albert Rösti, Uetendorf Béatrice Struchen, Epsach |

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

| | |
|------------------------------|---|
| <i>Regierungsmitglied:</i> | Christoph Neuhaus, Belp |
| <i>Eidg. Parlamentarier:</i> | Andreas Aebi, Alchenstorf Adrian Amstutz, Sigriswil Manfred Bühler (seit 30.11.2015) Andrea Geissbühler, Bärswil Jean-Pierre Graber, La Neuveville (bis 29.11.2015) Erich J. Hess (seit 30.11.2015) Rudolf Joder, Belp (bis 29.11.2015) Nadja Pieren, Burgdorf Albert Rösti, Uetendorf Erich von Siebenthal, Gstaad Hansruedi Wandfluh, Frutigen (bis 18.10.2015) |

Vertreter Fachkommissionen:

- Markus Aebi, Hellsau (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen) (seit 01.11.2015)
- Andreas Blank, Aarberg (Finanzkommission)
- Anne-Caroline Graber, La Neuveville (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen) (bis 31.10.2015)
- Martin Schlup, Schüpfen (Gesundheits- und Sozialkommission)
- Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Thomas Knutti, Weissenburg (Sicherheitskommission)

Käthi Wälchli, Obersteckholz (Bildungskommission)

Vertreter der Jungen SVP: Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren: Rudolf Graf, Aarwangen

Präsidenten Wahlkreisverbände:

Andreas Aebi, Alchenstorf

Ueli Augstburger, Gerzensee

Yves Bichsel, Uetendorf

Rudolf Friedli, Bern

Christian Hadorn, Ochlenberg

Thomas Knutti, Weissenburg

Martin Schlup, Schüpfen

Hans Rudolf Schweizer, Utzigen

Patrick Tobler, Montagne de Moutier

Weitere Mitglieder:

Martin Baltisser, Bremgarten

Thomas Fuchs, Bern

Lars Guggisberg, Kirchlindach

Donat Schneider, Diessbach b. Büren

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau

Amstutz Madeleine, Sigriswil

Augstburger Ueli, Gerzensee

Bärtschi Alfred, Lützelflüh

Berger Christoph, Aeschi

Bichsel Daniel, Zollikofen

Blank Andreas, Aarberg

Brand Peter, Münchenbuchsee

Bühler Manfred, Cortébert
bis 30.11.2015)

Burren Andreas, Mittelhäusern

Fischer Gerhard, Meiringen

Freudiger Patrick, Langenthal

Fuchs Thomas, Bern

Geissbühler Sabina, Herrenschwaden

Anne-Caroline Graber, La Neuveville

Graber Samuel, Horrenbach

Gschwend-Pieren Andrea, Oberburg

Guggisberg Lars, Kirchlindach

Hadorn Christian, Ochlenberg

Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee

Hess Erich, Bern

Iseli Jürg, Zwieselberg

Jost Ueli, Thun

Klopfenstein Etienne, Corgémont

Knutti Thomas, Weissenburg

Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg

Kummer Hugo, Burgdorf

Lanz Raphael, Thun

Marti Willy, Kallnach

Messerli Walter, Interlaken

Moser Werner, Landiswil

Müller Mathias, Orvin

Müller Moritz, Bowil

Reber Fritz, Schangnau

Rösti Hans, Kandersteg

Ruchti Fritz, Seewil

Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg

Rufener Thomas, Langenthal

Schlup Martin, Schüpfen

Schnegg Pierre Alain, Champoz

Schneider Donat, Diessbach

Schweizer Hans Rudolf, Utzigen

Speiser Anne, Zweisimmen

Struchen Béatrice, Epsach

Studer Ueli, Niederscherli

Sutter Walter, Langnau

von Känel Christian, Lenk

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten (von Amtes wegen)

Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez

Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Oberburg

Erich J. Hess, Nationalrat, Bern

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Werner Salzmänn, Nationalrat, Mülchi

Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten b. Bern (v.A.w.)

Werner Salzmänn, Nationalrat, Mülchi

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Bern

Jasmin Jakob, Alleinsekretärin, Bern

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg

Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz

Hans Ueli Salzmänn, Sekretär, Oberburg

Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez

Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Oberburg

Thomas Fuchs, Grossrat, Vizepräsident, Bern

Aliki M. Panayides, Sekretariat, Ostermundigen

Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen

Jean-Michel With, Beisitzer, Belp

Mathias Müller, Grossrat, Beisitzer, Orvin

Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust zweier verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen.

Paul Messerli sen., alt Grossrat, Kirchdorf, vertrat die SVP Kanton Bern ab 1970 im Grossen Rat und engagierte sich unter anderem auch als Präsident des bernischen Obstproduzentenverbands und als Mitglied des Verwaltungsausschusses des bernischen Milchverbands.

Rolf Singer sen., alt Grossrat, Utzenstorf, vertrat die SVP Kanton Bern von 1994 bis 2002 im Grossen Rat. Bereits zuvor engagierte er sich während vielen Jahren als Gemeinderatspräsident von Utzenstorf. Rolf Singer setzte sich zudem unter anderem als Präsident der Armbrustschützen Utzenstorf, des Gewerbevereins Utzenstorf und des Amtsgemeindeverbands Fraubrunnen ein und war ein langjähriges Mitglied des Bären-Clubs der SVP Kanton Bern. Gross war jeweils auch sein Einsatz für das Berner Journal und diverse Drucksachen, die in enger Zusammenarbeit mit ihm entstanden. Die SVP Kanton Bern konnte dabei auf sein geschultes Auge und seine langjährige Erfahrung zählen und wird auch seine politischen Ratschläge und Einschätzungen vermissen.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Ein Jahr lang haben die nationalen Wahlen den ganzen Geschäftsgang geprägt. So spannend wie dieses Mal war es in Bern schon lange nicht mehr. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass es keine so genannten Listenfüller gab. Alle kämpften mit realen Chancen und waren entsprechend motiviert und engagiert. Ich wage zu behaupten, dass noch nie so viel gemacht wurde in einem Nationalratswahlkampf wie dieses Jahr. Piaggios, Plakate, Postings, aber auch Selfies, Songs und Standaktionen, wir haben wohl nichts ausgelassen, und auch die SVP Schweiz hat sich so einiges einfallen lassen. Der „Chrampf“ des SVP-Teams im Kanton Bern hat sich gelohnt. Erwartungsgemäss wurde der Parteipräsident Werner Salzmann glanzvoll in den Nationalrat gewählt, und wir konnten den Wähleranteil steigern sowie einen Sitz dazu gewinnen.

Auf der jungen Liste zeigte sich ein erfreuliches Potential der SVP für die Zukunft. Die Jungen kamen gut an. Bemerkenswert ist das Resultat der Frauen auf dieser Liste. Es braucht bei der SVP offensichtlich keine geschlechtergetrennten Listen (mehr), um die Chancen der Frauen zu wahren. Als Motivation sollte die Abmachung von SVP und JSVP wirken, die beiden Besten in 4 Jahren auf die Liste der Mutterpartei zu setzen. Man hatte aber den Eindruck, dass dies nicht der Hauptgrund für das Engagement den jungen Kandidierenden war, sondern die Überzeugung, mit der Partei für eine gute Sache zu kämpfen.

Einmal mehr beeindruckend war die wilde Plakatierung. An dieser Stelle sei einmal auch Heinz Schwab herzlich für sein grosses Engagement gedankt. Es ist sein Verdienst, dass die Plakatierung vor allem im Seeland inzwischen fast generalstabsmässig durchorganisiert ist. Es ist gerade heute nicht mehr selbstverständlich, dass Mitglieder und ehemalige Mandatsträger so viele Stunden in die Wahl- und Abstimmungskämpfe investieren. Herzlichen Dank, dass Du dich noch ein letztes Mal überreden liessst, als Plakatchef zu amten.

Mit der Wahl unseres Parteipräsidenten Werner Salzmann sowie der Grossräte Manfred Bühler und Erich Hess in den Nationalrat wurde die Berner Deputation verjüngt. Auf vielen Ebenen in der SVP steht ein Generationenwechsel an. Dies ist Herausforderung und Chance zugleich. Wird es auch morgen noch gelingen, genügend Kräfte für die wilde Plakatierung und Standaktionen zu finden, die Vorstände und Gemeinderäte zu besetzen und auf Erfolgskurs zu bleiben?

Der Erfolg der jungen Liste lässt hoffen. Hilfreich dürfte sein, dass es die junge Generation ist, welche am meisten unter den 10 Jahren rot-grün im Kanton Bern und dem linkslastigen Bundesrat zu leiden hat. Immer mehr Vorschriften und Zuwanderung geben den Jungen zu denken, und sie wollen politisch etwas dagegen unternehmen. Da sind sie bei der SVP richtig. Where else ☺ ?

Aliki Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

VI. Die Partei in Zahlen

| Sektion | Bestand 23.02.2015 | Bestand 11.03.2016 | Veränderung |
|------------------------|-----------------------|-----------------------|-------------|
| Allmendingen | 23 | 23 | 0 |
| Bolligen | 126 | 122 | -4 |
| Bremgarten b. Bern | 28 | 26 | -2 |
| Diemerswil | 19 | 19 | 0 |
| Ferenbalm | 71 | 69 | -2 |
| Fraubrunnen | 132 | 137 | +5 |
| Frauenkappelen | 22 | 22 | 0 |
| Golaten | 9 | 0 | -9 |
| Gurbrü | 29 | 41 | +12 |
| Ittigen | 43 | 44 | +1 |
| Jegenstorf-Münchringen | 75 | 78 | +3 |
| Kirchlindach | 84 | 81 | -3 |
| Kriechenwil | 22 | 22 | 0 |
| Laupen | 34 | 36 | +2 |
| Mattstetten | 24 | 24 | 0 |
| Meikirch | 79 | 59 | -20 |
| Moosseedorf | 76 | 73 | -3 |
| Mühleberg | 84 | 88 | +4 |
| Münchenbuchsee | 157 | 170 | +13 |
| Münchenwiler | 16 | 16 | 0 |
| Muri-Gümligen | 93 | 92 | -1 |
| Neuenegg | 202 | 204 | +2 |
| Ostermundigen | 62 | 57 | -5 |
| Stettlen | 39 | 36 | -3 |
| Urtenen-Schönbühl | 69 | 71 | +2 |
| Vechigen | 183 | 180 | -3 |
| Wohlen b. Bern | 110 | 113 | +3 |
| Worb | 149 | 179 | +30 |
| Zollikofen | 90 | 91 | +1 |
| Mittelland-Nord | 2'150 | 2'173 | +23 |

| | | | |
|------------------------|--------------|--------------|------------|
| | | | |
| Arni | 27 | 26 | -1 |
| Belp | 175 | 169 | -6 |
| Biglen | 73 | 76 | +3 |
| Bowil | 43 | 46 | +3 |
| Gelterfingen | 12 | 11 | -1 |
| Gerzensee | 60 | 65 | +5 |
| Grosshöchstetten | 50 | 50 | 0 |
| Guggisberg | 38 | 35 | -3 |
| Kaufdorf | 23 | 23 | 0 |
| Kehrsatz | 28 | 28 | 0 |
| Kiesen-Oppligen | 42 | 45 | +3 |
| Kirchdorf | 91 | 89 | -2 |
| Köniz | 190 | 181 | -9 |
| Konolfingen | 166 | 162 | -4 |
| Landiswil | 54 | 58 | +4 |
| Linden | 55 | 54 | -1 |
| Münsingen | 73 | 66 | -7 |
| Oberbalm | 38 | 39 | +1 |
| Oberdiessbach | 68 | 70 | +2 |
| Oberthal | 19 | 19 | 0 |
| Riggisberg | 80 | 82 | +2 |
| Rüeggisberg/Längenberg | 124 | 119 | -5 |
| Rüschegg | 36 | 36 | 0 |
| Schwarzenburg | 89 | 89 | 0 |
| Thurnen | 29 | 27 | -2 |
| Toffen | 54 | 57 | +3 |
| Walkringen | 33 | 34 | +1 |
| Wichtrach | 102 | 110 | +8 |
| Zäziwil | 66 | 60 | -6 |
| Mittelland-Süd | 1'938 | 1'926 | -12 |
| | | | |
| Aarberg | 96 | 96 | 0 |
| Aegerten-Brügg | 12 | 14 | +2 |
| Bellmund | 11 | 15 | +4 |

| | | | |
|-------------------------|-----|-----|-----|
| Biel / Bienne | 80 | 93 | +13 |
| Büetigen | 28 | 27 | -1 |
| Bühl | 12 | 12 | 0 |
| Büren a. Aare | 84 | 87 | +3 |
| Dotzigen | 45 | 47 | +2 |
| Epsach | 19 | 19 | 0 |
| Erlach | 63 | 61 | -2 |
| Grossaffoltern | 61 | 64 | +3 |
| Grosses Moos | 28 | 31 | +3 |
| Ins | 141 | 140 | -1 |
| Ipsach | 28 | 29 | +1 |
| Jens | 29 | 30 | +1 |
| Jolimont | 60 | 66 | +6 |
| Kallnach | 34 | 45 | +11 |
| Kappelen | 53 | 50 | -3 |
| Lengnau | 61 | 69 | +8 |
| Lyss-Buswil | 136 | 144 | +8 |
| Meinisberg | 23 | 24 | +1 |
| Müntschemier | 61 | 58 | -3 |
| Nidau | 19 | 19 | 0 |
| Oberwil b. Büren | 46 | 46 | 0 |
| Orpund | 46 | 49 | +3 |
| Pieterlen | 41 | 42 | +1 |
| Port | 34 | 36 | +2 |
| Radelfingen | 69 | 66 | -3 |
| Rapperswil | 80 | 80 | 0 |
| Safnern | 50 | 51 | +1 |
| Schüpfen | 101 | 106 | +5 |
| Schwadernau | 14 | 16 | +2 |
| Seedorf (BE) | 139 | 137 | -2 |
| Studen | 23 | 21 | -2 |
| Sutz-Lattringen | 9 | 9 | 0 |
| Täuffelen | 46 | 51 | +5 |
| Treiten | 43 | 44 | +1 |
| Twann-Tüscherz-Alfermée | 1 | 2 | +1 |
| Walperswil | 34 | 34 | 0 |

| | | | |
|--------------------|--------------|--------------|------------|
| Wengi | 32 | 34 | +2 |
| Worben | 32 | 37 | +5 |
| Einzelmitglied | 13 | 14 | +1 |
| Seeland | 2'037 | 2'115 | +78 |
| | | | |
| Corgémont | 19 | 19 | 0 |
| Cortébert | 12 | 13 | +1 |
| Court | 18 | 17 | -1 |
| Courtelary | 3 | 2 | -1 |
| La Chau d'Abel | 4 | 4 | 0 |
| La Ferrière | 5 | 5 | 0 |
| La Neuveville | 17 | 18 | +1 |
| Mont-Tramelan | 2 | 2 | 0 |
| Moutier | 51 | 54 | +3 |
| Moutier Diverse | 25 | 27 | +2 |
| Nods | 1 | 1 | 0 |
| Orvin | 16 | 15 | -1 |
| Péry | 9 | 10 | +1 |
| Plateau de Diesse | 6 | 6 | 0 |
| Reconvilier | 22 | 22 | 0 |
| Renan | 12 | 12 | 0 |
| Romont | 6 | 6 | 0 |
| Saint-Imier | 31 | 35 | +4 |
| Sauge | 7 | 11 | +4 |
| Sonceboz-Sombeval | 5 | 8 | +3 |
| Sonvilier | 6 | 8 | +2 |
| Tavannes | 24 | 23 | -1 |
| Tramelan | 26 | 25 | -1 |
| Valbirse | 20 | 22 | +2 |
| Berner Jura | 347 | 365 | +18 |
| | | | |
| Aefligen | 36 | 39 | +3 |
| Affoltern i. E. | 78 | 74 | -4 |
| Alchenstorf | 45 | 45 | 0 |
| Bätterkinden | 76 | 79 | +3 |

| | | | |
|----------------------|--------------|--------------|-----------|
| Burgdorf | 101 | 107 | +6 |
| Dürrenroth | 51 | 49 | -2 |
| Eggiwil | 131 | 133 | +2 |
| Ersigen | 119 | 119 | 0 |
| Hasle b. B. | 109 | 89 | -20 |
| Heimiswil | 79 | 78 | -1 |
| Hindelbank | 49 | 52 | +3 |
| Höchstetten-Hellsau | 16 | 16 | 0 |
| Kirchberg | 83 | 90 | +7 |
| Koppigen | 84 | 88 | +4 |
| Krauchthal | 93 | 92 | -1 |
| Langnau i. E. | 141 | 136 | -5 |
| Lauperswil | 66 | 63 | -3 |
| Lützelflüh | 79 | 84 | +5 |
| Lyssach | 70 | 67 | -3 |
| Nieder- und Oberösch | 24 | 23 | -1 |
| Oberburg | 149 | 158 | +9 |
| Röthenbach | 7 | 7 | 0 |
| Rüderswil | 48 | 46 | -2 |
| Rüdtligen-Alchenflüh | 35 | 36 | +1 |
| Rüegsau | 105 | 104 | -1 |
| Schangnau | 76 | 76 | 0 |
| Signau | 51 | 51 | 0 |
| Sumiswald/Wasen | 146 | 144 | -2 |
| Trachselwald | 26 | 28 | +2 |
| Trub/Trubschachen | 71 | 68 | -3 |
| Utzenstorf | 98 | 99 | +1 |
| Wynigen | 129 | 125 | -4 |
| Zielebach | 17 | 17 | 0 |
| Emmental | 2'488 | 2'482 | -6 |
| | | | |
| Aarwangen | 121 | 123 | +2 |
| Attiswil | 40 | 41 | +1 |
| Auswil | 9 | 9 | 0 |
| Bleienbach | 73 | 75 | +2 |

| | | | |
|------------------------------|--------------|--------------|-----------|
| Busswil/Melchnau | 78 | 82 | +4 |
| Eriswil | 57 | 53 | -4 |
| Gondiswil | 21 | 22 | +1 |
| Herzogenbuchsee | 96 | 97 | +1 |
| Huttwil | 135 | 131 | -4 |
| Langenthal | 205 | 212 | +7 |
| Lotzwil | 45 | 43 | -2 |
| Madiswil | 94 | 99 | +5 |
| Niederbipp | 98 | 99 | +1 |
| Oberbipp | 70 | 69 | -1 |
| Obersteckholz | 19 | 18 | -1 |
| Roggwil | 96 | 92 | -4 |
| Rohrbach | 31 | 31 | 0 |
| Schwarzhäusern | 17 | 17 | 0 |
| Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg | 67 | 67 | 0 |
| Thörigen | 72 | 71 | -1 |
| Thunstetten | 72 | 69 | -3 |
| Ursenbach | 31 | 32 | +1 |
| Walterswil | 38 | 37 | -1 |
| Wangen a. Aare | 64 | 64 | 0 |
| Wiedlisbach | 28 | 27 | -1 |
| Wynau | 15 | 15 | 0 |
| Wyssachen | 33 | 33 | 0 |
| Einzelmitglieder | 29 | 33 | +4 |
| Oberaargau | 1'754 | 1'761 | +7 |
| | | | |
| Amsoldingen | 40 | 38 | -2 |
| Blumenstein | 30 | 30 | 0 |
| Buchholterberg-Wachseldorn | 75 | 77 | +2 |
| Burgistein | 36 | 38 | +2 |
| Gurzelen | 25 | 25 | 0 |
| Heimberg | 73 | 72 | -1 |
| Hilterfingen | 34 | 33 | -1 |
| Höfen | 36 | 41 | +5 |

| | | | |
|-----------------------------|--------------|--------------|------------|
| Linkes Zuggebiet - Umgebung | 71 | 69 | -2 |
| Oberhofen | 60 | 61 | +1 |
| Reutigen | 48 | 48 | 0 |
| Schwarzenegg-Fahrni | 163 | 156 | -7 |
| Seftigen | 58 | 54 | -4 |
| Sigriswil | 153 | 155 | +2 |
| Steffisburg | 134 | 135 | +1 |
| Thierachern | 54 | 57 | +3 |
| Thun | 192 | 208 | +16 |
| Uebeschi | 30 | 26 | -4 |
| Uetendorf | 148 | 152 | +4 |
| Uttigen | 46 | 47 | +1 |
| Wattenwil | 77 | 75 | -2 |
| Zwieselberg | 14 | 13 | -1 |
| Einzelmitglieder | 1 | 1 | 0 |
| Thun | 1'598 | 1'611 | +13 |
| | | | |
| Adelboden | 58 | 59 | +1 |
| Aeschi b. Spiez | 83 | 83 | 0 |
| Beatenberg | 42 | 47 | +5 |
| Boltigen | 36 | 36 | 0 |
| Bönigen | 29 | 30 | +1 |
| Brienz | 57 | 56 | -1 |
| Därstetten/Weissenburg | 51 | 55 | +4 |
| Diemtigen | 64 | 62 | -2 |
| Erlenbach | 26 | 25 | -1 |
| Frutigen | 200 | 201 | +1 |
| Grindelwald | 115 | 111 | -4 |
| Gsteig | 26 | 25 | -1 |
| Habkern | 30 | 33 | +3 |
| Interlaken | 65 | 73 | +8 |
| Kandersteg | 26 | 26 | 0 |
| Lauterbrunnen | 33 | 32 | -1 |
| Lenk | 52 | 50 | -2 |
| Matten | 53 | 53 | 0 |

| | | | |
|--------------------------|---------------|---------------|-------------|
| Oberhasli | 132 | 133 | +1 |
| Oberwil i. S. | 40 | 40 | 0 |
| Reichenbach | 89 | 87 | -2 |
| Ringgenberg/Goldswil | 52 | 53 | +1 |
| Saanen | 178 | 181 | +3 |
| Spiez | 143 | 151 | +8 |
| St. Stephan | 68 | 70 | +2 |
| Unterseen | 57 | 57 | 0 |
| Wilderswil | 60 | 57 | -3 |
| Wimmis | 150 | 141 | -9 |
| Zweisimmen | 73 | 74 | +1 |
| Einzelmitglieder | 4 | 4 | 0 |
| Oberland | 2'092 | 2'105 | +13 |
| | | | |
| Bern Stadt | 351 | 366 | +15 |
| | | | |
| Direktmitglieder Kanton | 39 | 43 | +4 |
| | | | |
| Total Kanton Bern | 14'794 | 14'947 | +153 |